



Rose Heffernan | Patrizia Heidegger |
Gabriele Köhler | Anke Stock | Katy Wiese

Ein feministischer European Green Deal

Für einen ökologischen und
geschlechtergerechten Übergang

EUROPA

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

EUROPA

Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ist die älteste politische Stiftung Deutschlands mit einer langen Tradition, die bis in ihre Anfänge 1925 zurückreicht. Bis heute bleibt sie dem Vermächtnis ihres Namensgebers treu und vertritt die Kerngedanken und Werte der Sozialen Demokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie ist mit den Sozialdemokraten und den freien Gewerkschaften eng verbunden.

Die FES setzt sich für die Entwicklung der Sozialen Demokratie ein, vor allem durch:

- politische Bildung, um die Zivilgesellschaft zu stärken
- politische Beratung
- internationale Kooperation mit unserem internationalen Netzwerk an Büros in mehr als 100 Ländern
- die Unterstützung von begabten jungen Menschen
- den Erhalt der kollektiven Erinnerung an die Soziale Demokratie mit Archiven, Bibliotheken und anderen Orten.

Über unsere Partner-Organisationen:

Women Engage for a Common Future (WECF) ist ein Netzwerk von 150 Frauen- und Umweltorganisationen in 50 Ländern. Seit 25 Jahren arbeitet WECF für die Stärkung von Frauen in Führungspositionen und Geschlechtergerechtigkeit im Bereich der Nachhaltigkeit. Mit ihren Aktivitäten, die auf Aus- und Weiterbildung, die politische Einflussnahme und Bewusstseinsbildung abzielen, stärken sie weltweit die Rolle der Frauen.



Das **European Environmental Bureau (EEB)** ist Europas größtes Netzwerk von Umweltorganisationen. Es vereint mehr als 170 Bürgerinitiativen und Organisationen aus mehr als 35 europäischen Ländern. Das EEB steht für nachhaltige Entwicklung, Umweltgerechtigkeit und partizipative Demokratie.



Zu den Autorinnen:

Rose Heffernan ist Beraterin bei WECF und war in verschiedene UN-Prozesse eingebunden, wie etwa in der Kommission der Vereinten Nationen zur Rechtsstellung der Frau, im Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung und bei den UN-Frauen.

Patrizia Heidegger arbeitet seit 15 Jahren mit NGOs in Europa und Asien für globale Gerechtigkeit, Menschenrechte und einen intakten Planeten. Als Direktorin für Globale Politik und Nachhaltigkeit beim EEB verfolgt sie die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele in der und durch die EU und setzt sich für die Beschleunigung eines gerechten und nachhaltigen Übergangs ein.

Gabriele Köhler ist eine Entwicklungsökonomin und eine ehemalige UN-Mitarbeiterin. Sie ist mit dem UN-Forschungsinstitut für soziale Entwicklung als Senior Research Associate verbunden und Vorstandsmitglied von WECF.

Anke Stock ist eine erfahrene Expertin in Genderfragen und nachhaltiger Entwicklung und kam 2005 zu WECF. Sie ist Vorstandsmitglied von WECF und des EEB.

Katy Wiese ist Referentin für Ökonomischen Wandel im EEB. Sie arbeitet zum Wandel in der Wirtschaftspolitik, wobei sie für ein feministisches Wirtschaftssystem eintritt, bei dem Sorgearbeit und das Gemeinwohl des Planeten und der Menschen im Zentrum stehen.

Rose Heffernan, Patrizia Heidegger, Gabriele Köhler, Anke Stock, Katy Wiese

Ein feministischer European Green Deal

Für einen ökologischen und geschlechtergerechten Übergang

	ZUSAMMENFASSUNG	2
	VORWORT	4
1	EINLEITUNG	5
2	EINE GENDER-ANALYSE DER EU-KLIMAPOLITIK	13
2.1	Energie	13
2.2	Verkehrswesen	16
2.3	Landwirtschaft, Natur und Ernährungssicherheit	20
2.4	Der soziale Klimafonds	23
2.5	Horizontale Empfehlungen	24
3	FAZIT	26
	Quellen	27
	Abkürzungsverzeichnis	33

ZUSAMMENFASSUNG

Dieser Bericht beruht auf einer intersektionalen, öko-feministischen Analyse, um Lücken in drei der wichtigsten Bereiche bei der Formulierung des European Green Deals (EGD) zu identifizieren: Energie, Verkehr und Landwirtschaft. Der EGD ist in weiten Teilen geschlechterblind, trotz des Ziels der Kommission Von der Leyen, eine Union der Gleichheit zu schaffen. Dieser Bericht formuliert Empfehlungen, wie sich die Politik der Europäischen Union (EU) zur Reduzierung von Kohlenstoffemissionen von Geschlechterblindheit wandeln muss hin zu Gender-Transformation, um zugleich die Klima- wie auch die Gleichstellungsziele besser erreichen zu können. Indem er die Frage nach der Geschlechtergerechtigkeit in den größeren Kontext der Transformation des europäischen Wirtschaftssystems bringt, lädt er zugleich dazu ein, den European Green Deal nicht mehr als eine Wachstumsstrategie zu sehen, die immer noch darauf fokussiert, das Wirtschaftsvolumen zu vergrößern (gemessen als Wachstum des Bruttonationalprodukts (BNP)), sondern vielmehr eine Gemeinwohlökonomie anzustreben, die auf der Sorge für Menschen und den Planeten fokussiert. Neben allgemeinen Instrumenten und Handlungsempfehlungen, um sicherzustellen, dass die Klimapolitik die Geschlechtergerechtigkeit vergrößert und nicht unterläuft (wie beispielsweise den Bedarf an nach Geschlecht aufgeschlüsselten Daten, systematischer geschlechtsspezifischer Haushaltsplanung, Vorabbewertung von geschlechtsspezifischen Auswirkungen, verbesserte Strategien zur Sicherung von Parität in politischer Repräsentation und Klimaverhandlungen), liefert dieser Bericht sektorspezifische Empfehlungen für klimabezogene Strategien, die zur Zeit auf der politischen Tagesordnung stehen.

ENERGIE

- Eine geschlechtsbewusste Version des Förderplans für die Renovierungswelle und die Erneuerbare-Energien-Richtlinie (Renewable Energy Directive – RED), die Kriterien zur Erhöhung des Anteils an Frauen in den davon profitierenden Branchen enthält und auch den Bereich der Sorgearbeit als einen davon begünstigten Bereich einbezieht.
- Den Ansatz überarbeiten, wie Verbraucher*innen zu den wichtigsten Akteuren des Energie-Wandels in der RED II werden können und zugleich ein geschlechtergerechtes Prosumer-Modell genutzt wird, das sicherstellt, dass Frauen und Männer an dezentralisierten Konzepten teilhaben und von ihnen profitieren können.
- Eine allgemeine Definition für Energiearmut einführen, die ihre Vielschichtigkeit einfängt und zugleich die beitragenden Faktoren, inklusive Geschlecht, abdeckt.

VERKEHRSWESEN

- Ein massiver Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) durch Mobilitätsdienste, die niedrigen (irgendwann auch keinen) Kohlenstoffausstoß haben, fair, bezahlbar, sicher und gut zugänglich sind sowie für alle von Nutzen sind, mit einem Hauptaugenmerk auf die Mobilitätsbedürfnisse von Frauen ebenso wie von Gruppen mit niedrigem Einkommen und marginalisierte städtische und ländliche Gemeinschaften, Menschen mit anderen, spezifischen Mobilitätsbedürfnissen (z. B. Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen) und Menschen mit besonderem Sicherheitsbedürfnissen im öffentlichen Verkehr (z. B. trans- und nicht-binäre Menschen).
- Die Förderung nicht auf Verkehrsbereiche, die zur Umweltverschmutzung beitragen, sondern auf saubere und öffentliche oder gemeinschaftlich genutzte Mobilitätslösungen konzentrieren; die Subventionierung von umweltbelastenden Lösungen, wie Steuersenkungen für Flugbenzin und öffentliche Investitionen in Flughäfen oder Autobahnen, beenden.
- Sicherstellen, dass die Investitionen in öffentlichen Verkehr und Verkehrsstrategien es attraktiver und leichter machen, vom Individualverkehr zu günstigeren und saubereren Alternativen zu wechseln wie beispielsweise günstige oder Gratis-Abonnements für öffentlichen Verkehr und spezielle Tarife für Zielgruppen, das Angebot verbessern (z. B. größeres Angebot außerhalb der

Stoßzeiten), eine sichere und funktionierende Fahrradinfrastruktur aufbauen und den Zugang, die Sicherheit wie auch den Komfort der Verkehrsmittel verbessern mit besonderem Augenmerk auf Genderfragen sowie schutzbedürftige Menschen (z. B. bessere Straßenbeleuchtung und Sensibilisierungskampagnen).

- Die Verkehrsstrategien wieder auf ausreichende Mobilität ausrichten, indem der Verkehrsbedarf gesenkt wird durch Nah-Städte und -Orte, in denen alle wichtigen Dienstleistungen im Radius eines 15-Minuten-Fußwegs erreichbar sind, was allen in der Gesellschaft zugutekommt, besonders jenen, die Sorgearbeit übernehmen, wie auch jenen, die wenig Zugang zu Mobilität haben.
- Nahrungssicherheit und nachhaltige ländliche Lebensweisen stärken, indem gerechte Preise für landwirtschaftliche Arbeit und ausreichende Einkommen für Konsument*innen sichergestellt werden; technische, finanzielle und regulatorische Unterstützung sowie Steueranreize für Prosumer-Initiativen geben.
- Sicherstellen, dass sowohl agrarökologische und biolandwirtschaftliche Praktiken als auch Geschlechter-Gerechtigkeitsziele etabliert und in die Programme aller Bundesministerien aufgenommen werden.

LANDWIRTSCHAFT, NATUR UND ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

- Einen oberen Grenzwert für die Zahlung von Subventionen (z. B. 60 000 Euro pro Betrieb) einführen, um sicherzustellen, dass die Förderung durch die EU auf die mittleren und kleinen (familiengeführten) Bauernhöfe umverteilt wird.
- Verpflichtende soziale und geschlechtergerechte Auflagen in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) einbeziehen, um Frauen und undokumentierte Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, zu unterstützen. Die direkten GAP-Zahlungen müssen den vorliegenden Arbeits- und Anstellungsbedingungen entsprechen, vorbehaltlich der geltenden gemeinsamen Vereinbarungen, nationalem und EU-Recht wie auch den Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) und der UN.
- Jungen Landwirt*innen, Bäuer*innen und Unternehmer*innen auf dem Land sowie landwirtschaftlichen Arbeiter*innen gezielte Unterstützung – Personal, technische und finanzielle – garantieren und diese auf agrarökologische und Bio-Landwirtschaft erweitern.

VORWORT

Im Laufe des letzten Krisen-Jahrzehnts war die Europäische Union in der Lage, ihre Stärken zu zeigen – aber es zeigten sich auch ihre Schwächen. Krisen wie die aktuelle Pandemie lassen uns deutlich zutage treten: Die EU muss dringend reformiert werden. Sie muss als ein unabhängiger Akteur bestehen und aus interner wie auch externer Perspektive souverän agieren.

Dieser Bericht ist Teil des FES-Projekts »Souveränes Europa«, in dessen Rahmen die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Ideen und Vorschläge in fünf Handlungsfeldern dazu entwickelt, wie die EU handlungsfähiger und unabhängiger werden kann: Demokratie und Werte, sozial gerechte Wirtschaft, sozial-ökologische Transformation, handlungsfähige Friedensmacht, Multilateralismus und Geopolitik. Im Hinblick auf die ökologische Transformation liegt die Stoßrichtung für ein »Souveränes Europa« auf der Hand. Um das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens von 2015 zu erreichen, muss die Klimaneutralität weltweit bis spätestens 2050 erreicht werden. Der European Green Deal (EGD) zeigt einen machbaren Weg hin zu Dekarbonisierung und Klimaneutralität, der nun ausgestaltet werden muss.

Der EGD stößt wichtige Debatten zur Nachhaltigkeit der Zukunft unseres Kontinents an. Neben ökologischen Bedenken ruft er soziale Fragen hervor, da die Klimakrise die Verwundbarkeit unserer Gesellschaften, die Schwächen unserer sozialen und Gesundheitssysteme sowie tiefgreifende Ungleichheiten deutlich hervortreten lässt. Der Klimawandel und unsere Antwort darauf gehen alle etwas an. Der gerechte Übergang, das Versprechen, dass niemand zurückbleiben wird, ist daher zu Recht das Herzstück des EGD.

Aber es trifft nicht alle gleich. Viele Krisen lasten ungleich verteilt auf den Schultern der Frauen. Hinzu kommt, dass Frauen mitten in der ökologischen Krise aufgrund ihrer anderen sozialen Rollen, Status, Ressourcen und Macht stärkeren Schutz brauchen werden – und bereits brauchen.

Und doch hat das Prinzip des gerechten Übergangs im European Green Deal meist einen engen Fokus, z. B., wenn betont wird, dass neue Wege zur Zukunft mit sauberer Energie für – in der Mehrheit männliche – Arbeiter in den alten, auf fossilen Brennstoffen basierenden Industrien und

Kohle-abhängigen Regionen eröffnet werden. Während dies wichtig ist, muss sich unser Verständnis eines gerechten Übergangs weiter erstrecken. Der EGD richtet wenig Aufmerksamkeit auf Gender- und intersektionale Ungleichheiten. Wie die Autorinnen dieser Studie aufzeigen, war er bisher geschlechterblind. Wir müssen jetzt eine schnellere Gangart wählen. Der gerechte Übergang des EGD muss stärker den Fokus darauf richten, wie Menschen aufgrund eines systematischen Ausschlusses, Unterdrückung und Vernachlässigung unterschiedlich davon betroffen sind, und sicherstellen, dass Prioritäten, Planungen und die Politik einen transformativen Systemwandel hervorbringen.

Bisher war der European Green Deal vor allem ein Strategiepapier, eine Absichtserklärung. Mit unseren konkreten politischen Empfehlungen kommt dieser Bericht genau im richtigen Moment, wo Europäische Institutionen in Verhandlungen gehen, um dem EGD mit Gesetzen und politischen Strategien Leben einzuhauchen. Diese Publikation erhellt einige der – für viele Menschen – verborgenen Auswirkungen von Gender und Intersektionalität auf unsere Klimapolitik. Wir sind froh, dass wir mit Women Engage For a Common Future und dem European Environmental Bureau großartige Partner gefunden haben, um gezielte Lösungen vorzuschlagen, die politische Entscheidungsträger*innen nutzen können, um die Geschlechterblindheit des EGD zu beseitigen. Für eine nachhaltige Zukunft, die Nachhaltigkeit holistisch als Wechselspiel von wirtschaftlicher Entwicklung, ökologischer Verbesserung und sozialem Fortschritt sieht.

Der European Green Deal wird nicht nachhaltig und gerecht sein, wenn er es für über 50 Prozent der Bevölkerung nicht ist. Daher brauchen wir dringend einen feministischen European Green Deal!

DELARA BURKHARDT

Abgeordnete im Europäischen Parlament
(Progressive Allianz der Sozialdemokraten, Deutschland)

YVONNE BLOS

Referentin für internationale Klimapolitik,
Friedrich-Ebert-Stiftung

1

EINLEITUNG

Der Klimawandel und seine ökologischen, sozialen und ökonomischen Konsequenzen haben unterschiedliche Auswirkungen auf Männer und Frauen. Diese sind mit sozial konstruierten Geschlechterrollen und darunterliegenden Machtdynamiken verbunden, die das Leben von Männern und Frauen prägen. Zugleich tragen Männer und Frauen auf unterschiedliche Weise zu Umweltzerstörung bei, wie etwa zu Kohlenstoffemissionen. Geschlechterrollen beeinflussen unter anderem Karriereentscheidungen und Mittel um in Lösungen mit niedrigem Kohlenstoffausstoß zu investieren, unterschiedliche Mobilitäts- und Energiebedarfe und andere Verbrauchsmuster sowie auch die mit Nachhaltigkeit in Verbindung stehenden Werte, die ebenfalls gegendert sind. All dies formt den individuellen CO₂-Fußabdruck und das Verhalten. Aktuelle Studien haben gezeigt, dass Männer, sogar wenn Männer und Frauen gleiche Beträge ausgeben, vor allem durch höheren Benzinverbrauch und höheren Fleischkonsum höhere CO₂-Emissionen verursachen.¹ Untersuchungen haben auch gezeigt, dass Frauen stärker sozialisier sind, dass sie sich um andere kümmern und umweltbewusste Verhaltensweisen annehmen. Das geht mit dem Risiko einher, dass Frauen durch ihre Geschlechterrolle und dadurch, dass sie den Großteil der Sorgearbeit zu Hause und in ihren Familien leisten, eine zusätzliche ökologische Last auferlegt wird. Beispiele dafür sind umweltfreundliche Haushaltsprodukte, die Konsumentinnen als Zielgruppe haben, oder ökologische Verhaltensweisen (wie Mahlzeiten aus Resten zu kochen, lokal oder »Null-Abfall« zu kaufen, Dinge zu recyceln oder zu reparieren), die zu den Pflichten, die immer noch hauptsächlich von Frauen erledigt werden, dazu kommen. Diese konstruierten Geschlechterrollen haben auch einen negativen Effekt auf Männer, die zum Teil ein nachhaltigeres Verhalten ablehnen, weil sie fürchten, als verweiblicht angesehen zu werden.²

Die Segregation am Arbeitsplatz ist ein anderer Hauptfaktor im Bereich des Übergangs zu Kohlenstoff-Neutralität. Die aktuell größten Verbraucher an Kohlenstoff – die Sektoren Energie, Verkehr, Bau-, Landwirtschaft – beschäftigen aufgrund von Geschlechter-Stereotypen in der Arbeitskultur in der überwiegenden Mehrzahl männlicher Arbeitskräfte. Dies hat im Rückschluss Auswirkungen darauf, wie diese Sektoren gestaltet werden. Zugleich werden die Arbeitsplätze, die in grünen Branchen neu entstehen, aufgrund

der Arbeitssegregation wahrscheinlich verstärkt Arbeitsmöglichkeiten für Männer bieten. Während Frauen in der Zivilgesellschaft präsent sind und führende Akteurinnen des Wandels in der Jugendklimabewegung sind, bleiben sie in internationalen Klimaverhandlungen, der Politikgestaltung und auf betrieblicher Entscheidungsebene zum Übergang zur Klimaneutralität unterrepräsentiert. Doch der Fokus auf individuelle Geschlechterunterschiede reicht nicht aus, da die umfassenderen Systeme der Unterdrückung, wie das Patriarchat, dynamisch mit den individuellen Faktoren einhergehen und wiederum effektive Lösungen verhindern.

Die politischen Strategien und Instrumente, die wir ergreifen, um den Klimawandel aufzuhalten oder zu verringern, seien es CO₂-Steuern, Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Umschulungen oder Investitionen und Förderungen von bestimmten Sektoren oder Technologien, haben unterschiedliche Auswirkungen auf Männer und Frauen. Ist die Klimapolitik geschlechterblind, dann verstetigt sie Geschlechterungerechtigkeiten oder vergrößert diese sogar noch. Intersektionale Effekte, die mit Faktoren wie Einkommen, Alter, Fähigkeiten/Behinderungen, Rassifizierung oder sexueller Identität zu tun haben, kumulieren mit geschlechtsspezifischer Ungerechtigkeit und können unverhältnismäßige Auswirkungen verstärken, die durch die Klima- und Umweltkrise selbst oder die zu ihrer Verringerung ergriffenen Strategien hervorgerufen werden.

Der Weg zur Klimaneutralität, Schadstofffreiheit und dem Schutz biologischer Vielfalt muss die grundlegenden Ursachen für Ungleichheit durch einen gerechten Übergang, der niemanden zurücklässt, anpacken. In diesem Kontext ist es auch wichtig, dass die geschlechtsspezifischen Effekte des Klimawandels und der Klimapolitik in Betrachtung gezogen werden, um einen wirklich inklusiven Ansatz zu einem gerechten Übergang zu erreichen. Gender-transformative Klima- und Umweltpolitik mit einem intersektionalen Herangehen bietet die beste Möglichkeit, um Klima- und Umweltfolgen zu verringern und zugleich die patriarchalen sowie andere diskriminierende Strukturen in Frage zu stellen. Während Gleichstellung kein Allheilmittel ist, um alle Umweltherausforderungen zu lösen, gibt es Hinweise, dass Gesellschaften, in denen größere Gleichstellung besteht, auch bessere Ergebnisse für die Umwelt und das Klima er-

reichen können. Eine stärkere Anerkennung der Verbindung von Gender und Umwelt kann den Einfluss auf die Umwelt verbessern und die Gleichstellung verbessern, während es zugleich die Akzeptanz sozial gerechter Maßnahmen erhöht.

Auf internationaler und europäischer Ebene gibt es drei wichtige Meilensteine, die den Weg zur Klimaneutralität aufzeigen:

- 2015 verabschiedete die internationale Gemeinschaft die **Agenda 2030 und die Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs)**, bei denen die EU und ihre Mitgliedstaaten eine maßgebliche Rolle in den Verhandlungen spielten. Diese Agenda wurde als Handlungsplan für die Menschen, den Planeten und globalen Wohlstand verabschiedet. Die Länder beschlossen, Armut in all ihren Formen und Dimensionen zu beenden, und mutige Schritte zur Transformation zu machen, um die Welt auf einen nachhaltigen und widerstandsfähigen Weg zu bringen, der niemanden zurücklässt. Die SDGs wollen die Menschenrechte für alle durchsetzen und Gleichstellung erreichen, während zugleich der Planet vor Schaden geschützt wird und umgehend Maßnahmen gegen den Klimawandel ergriffen werden.³ Die Agenda 2030 präsentiert einen ganzheitlichen Ansatz für nachhaltige Entwicklung, mit dem die Strategien über die Sektoren hinaus verbunden werden sollen, um Nachhaltigkeit zu erreichen.
- Im gleichen Jahr wurde mit dem **Pariser Abkommen** ein anderer Meilenstein erreicht, ein rechtlich bindender internationaler Vertrag zur Bekämpfung des Klimawandels. Es wurde von 196 Delegationen auf der UN-Klimakonferenz in Paris am 12. Dezember 2015 angenommen und trat im November 2016 in Kraft. Ziel ist, die globale Erwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Niveau auf deutlich unter 2, vorzugsweise unter 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Die Länder haben sich verpflichtet, bis Mitte des Jahrhunderts eine klimaneutrale Welt zu schaffen. Zum ersten Mal vereint ein rechtlich bindender Vertrag alle Nationen in einem Regelwerk, um ehrgeizige Schritte zum Kampf gegen den Klimawandel zu unternehmen. Die Länder sollten bis 2020 nationale Klimaschutzzusagen einreichen, um die Maßnahmen darzulegen, die sie zuzuschließen zu ergreifen, um ihre Emissionen zu reduzieren.⁴
- Der **European Green Deal**, der im Dezember 2019 von der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen präsentiert wurde, ist die Hauptstrategie der Europäischen Union, um die SDGs umzusetzen und um die im Pariser Abkommen eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. Das Hauptziel des EGD ist, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Er deckt quasi alle für den Übergang relevanten Sektoren und Politikbereiche ab wie Mobilität, Energie, Gebäude, Landwirtschaft und den Finanzsektor. Klimaneutralität bis 2050 ist nun gesetzlich im EU-Klimagesetz verankert. Zugleich hat die neue Kommissionspräsidentin die Erreichung der Gleichstellung als oberstes politisches Ziel gesetzt: Die neue EU-Strategie zur Gleichstellung folgte 2020.

Nicht nur die Forschung, sondern auch internationale Organisationen darunter das Umweltprogramm der UN und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development – OECD) haben auf den Bedarf hingewiesen, dass Umwelt- und Klimapolitik auf solider Geschlechteranalyse aufbauen und umfassende Gleichstellungsziele einbinden sollte, und dafür stellten sie zugleich Fachwissen bereit. Im Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC) und im Pariser Abkommen verständigte die internationale Gemeinschaft sich auf einen Gender Action Plan.⁵ Der Plan unterstützt den Aufbau von Kapazitäten, Teilhabe in ausgewogenem Geschlechterverhältnis, Maßnahmen zur politischen Kohärenz, geschlechtergerechte Umsetzung sowie die Kontrolle und Berichterstattung zu geschlechtsspezifischen Ergebnissen.

Vor diesem Hintergrund ist es noch erstaunlicher, dass der **European Green Deal**, als er im Dezember 2019 zum ersten Mal vorgestellt wurde, vollständig geschlechterblind war. Die Mitteilung der EU-Kommission zum European Green Deal erwähnt Gender überhaupt nicht. Nachdem die Strategie zur Gleichstellung angenommen wurde, richtete die Europäische Kommission die Task-Force zur Gleichstellung im Generalsekretariat ein, um Gleichstellungsbelange in den verschiedenen Politikbereichen zu etablieren. Während manche Gesetze und Strategien, die in der Folge im Rahmen des EGD entwickelt wurden, Genderfragen einbeziehen, wie beispielsweise die Strategie für Nachhaltige Chemikalien,⁶ die Strategie zu nachhaltiger und intelligenter Mobilität⁷ und der soziale Klimafonds, ist Gender weit davon entfernt in allen Klima- und Umweltstrategien einbezogen zu werden. Einige Strategiepapierer und Gesetze ignorieren ganz einfach geschlechtsspezifische Effekte, während andere den Mangel an geschlechtsspezifisch aufbereitete Daten beklagen ohne entsprechende Maßnahmen vorzuschlagen. Lediglich einige neue Instrumente führen Gleichstellungsmaßnahmen ein; diese sind jedoch auf spezifische Aspekte eines wesentlich umfassenderen Problems begrenzt.

Ziel dieses Berichts ist es, eine geschlechtsspezifische Analyse einiger der wichtigsten politischen Strategien des EGD bezogen auf die Klimaneutralität zu liefern. Der Bericht untersucht potenziell geschlechterrelevante Auswirkungen der EGD Strategien oder ungewollte negative Nebeneffekte. Es wird die Frage behandelt, ob Männer und Frauen gleichsam von Maßnahmen profitieren oder ob diese vielmehr bereits existierende Geschlechter-Stereotypen verstärken. Zudem bietet dieser Bericht konkrete Empfehlungen für gender-transformative Klimapolitik, um sicherzustellen, dass diese Politik sowohl den Klima- als auch den Gleichstellungszielen dient. Dafür haben wir drei Sektoren gewählt, in denen die Politik die CO₂-Emissionen bis 2030 deutlich verringern will: Energie (inklusive Gebäuderenovierung), Verkehr und Landwirtschaft. Dieser Bericht analysiert in Bezug auf die Gleichstellung besonders die Erneuerbare-Energien-Richtlinie II (RED II), die Energieeffizienzrichtlinie und die Renovierungswelle, die Strategie zu nachhaltiger und intelligenter Mobilität und die Strategie zum Stadtverkehr, die GAP und die Strategie »Vom Hof auf den Tisch«. Wir haben bereits vorliegende Untersuchungen und graue Literatur ausgewertet und 12 qualitative Interviews mit Vertreter*innen europäischer Institutionen und nationaler Regierungen, von Universitäten und aus der Zivilgesellschaft geführt.

Methodisch analysieren wir bestehende Ungleichheiten aus intersektionaler Perspektive, wobei nicht nur ergründet wird, welche Effekte die Politik zum Klimawandel auf Frauen hat, sondern wie sie im Vergleich zu anderen übergreifenden Ungleichheiten, die aufgrund von Einkommen, Alter, Fähigkeiten/Behinderung, Rassifizierung oder sexueller Identität bestehen, betroffen sind. Bevor wir auf die spezifischen Strategien, die oben erwähnt sind, eingehen, zeichnen wir ein Bild, wie der EGD neu gesehen werden kann. Ein **feministischer European Green Deal** reicht weit über die Strategien zur Klimaneutralität hinaus und zielt auf eine systematische Transformation unseres ökonomischen, sozialen und politischen Systems ab, fort von einer Fixierung auf das BSP-Wachstum hin zu Werten wie Inklusion, Fürsorge und Gemeinwohl der Menschen und des Planeten, bei dem die Natur und ihre Ressourcen als lebensnotwendige Grundlage gesehen werden, von der wir alle abhängig sind. Ein **feministischer und intersektionaler Ansatz zu einem gerechten Übergang** reicht über ein paar temporäre Verteilungsmechanismen hinaus und versucht, die Ursachen unterschiedlicher Arten von Ungleichheit anzugehen. Er bringt die existierenden Machtstrukturen in ein neues Gleichgewicht, indem die in Europa und weltweit am stärksten marginalisierten Gruppen ins Zentrum gerückt werden. In diesem Modell einer auf Fürsorge und Gemeinwohl basierten Wirtschaft wird Arbeit, die zuvor nicht anerkannt wurde und die zumeist von Frauen oder anderen marginalisierten Gruppen ausgeführt wird, ein Wert zuerkannt.

Die europäische Wirtschaft, ihre Verbrauchs- und Produktionsmuster und ihre Weltwirtschaftspraktiken führen zu einem **Umwelt- und Klimafußabdruck, der Auswirkungen auf Menschen überall in der Welt hat**, besonders im Globalen Süden, wo die europäischen Liefer- und Wertschöpfungsketten ihre Rohstoffe, landwirtschaftlichen Produkte und Arbeitskräfte finden, vor allem Frauen, die oft zu den schutzbedürftigsten Gliedern in ihren Gesellschaften und Ökonomien zählen. Ein feministischer und intersektionaler EGD bedeutet auch, Europas Rolle in (neo-)kolonialen Prozessen zu reflektieren und die Machtgefälle im Hinblick auf den Zugang zu Ressourcen und Arbeitskräfte sowie auch bei Entscheidungen auf internationaler Ebene zu beseitigen. Ein gerechter Übergang bedeutet, dass schädliche Praktiken sowie die Ausbeutung von Arbeitskräften und Ressourcen im Globalen Süden unterbunden werden. Auch wenn dieser Bericht keine Politikempfehlungen dafür gibt, wie Klima- und Geschlechtergerechtigkeit durch die Außenpolitik der EU, inklusiven Handel und Kooperationen, zu erreichen sind, beinhaltet unser methodisches Vorgehen für einen feministischen und intersektionalen EGD eine starke Vision für globale Umwelt-, Klima- und Geschlechtergerechtigkeit.

DEN EUROPEAN GREEN DEAL NEU DENKEN

Der im Dezember 2019 eingeführte EGD hatte sehr ambitionierte Ziele im Hinblick auf Klimaschutzmaßnahmen und Umweltschutz, besonders Klimaneutralität bis 2050, Schadstofffreiheit, wiederhergestellte Biodiversität, nachhaltige Ernährungssysteme und eine Wirtschaft für die Menschen. Die verbesserten ökologischen und sozialen Ziele der EU sind zeitgemäßer, auch wenn es vielen der unter dem EGD eingeführten Strategien und Gesetze an Ehrgeiz und Tempo bei der Umsetzung fehlt. Ein prominentes Beispiel ist das Ziel, die Emissionen bis 2030 im Vergleich zu dem Niveau von 1990 um 55 Prozent zu senken, wohingegen die Wissenschaft mindestens 65 Prozent fordert, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen.

Der EGD wurde als Europas »neue Wachstumsstrategie« präsentiert, »mit der die EU zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft werden soll, in der im Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt ist.«⁸ Der EGD basiert auf ähnlichen Konzepten wie die »Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum« von 2020.⁹ Nachhaltiges, manchmal auch »grün« genanntes, Wachstum basiert auf dem Glauben, dass wir als Wirtschaft und Gesellschaft unseren gesamten Materialdurchsatz und die Verschmutzung ohne eine Gesamtreduzierung unseres Überverbrauchs auf

Verbrauchslevel reduzieren können, die nötig sind, um das Gemeinwohl der Menschen zu sichern.

Angesichts der Ziele Klimaneutralität, Schadstofffreiheit und Wiederherstellung der biologischen Vielfalt ist die Fixierung des EGD auf Wirtschaftswachstum widersprüchlich. Schon 1972 schrieb der Kommissar für Landwirtschaft, Sicco Mansholt, einen Brief an den damaligen Kommissionspräsidenten, in dem er warnte, »es ist deutlich, dass die Gesellschaft von morgen nicht auf Wachstum ausgerichtet sein kann, zumindest nicht was materielle Güter angeht.«¹⁰ Heute, 50 Jahre später, gibt es einen breiten wissenschaftlichen Konsens für die Notwendigkeit, unsere Wirtschaft kohlenstofffrei zu machen und unseren Ressourcenverbrauch zu reduzieren; dennoch bleibt die Steigerung ökonomischen Wachstums eins der politischen Hauptziele der EU und ihrer Mitgliedsstaaten. Während der Klimawandel und die ökologische Krise direkt die Lebensgrundlage der jetzigen und zukünftiger Generationen bedrohen, verbraucht Europa weiterhin immer mehr. Die Wirtschaft der EU-27 und des Vereinigten Königreichs bleibt hinter den Zielen der Emissionsreduzierung zurück, um die Ziele des Pariser Abkommens¹¹ und ihre eigenen sozialen Ziele zu erreichen, darunter bessere Gesundheitsversorgung, mehr öffentlicher Verkehr, sauberere Energie, mehr biologischer Anbau, weniger Flächenverbrauch oder die Beseitigung der geschlechtsspezifischen Beschäftigungs- und Lohnunterschiede.¹²

Der 2020 verabschiedete 8. Umweltaktionsplan bekräftigt (so steht es im Bericht der Europäischen Umweltagentur zu Umwelt Europas – Zustand und Ausblick 2020): »Mit dem aktuellen Wachstumsmodell wird erwartet, dass die Umweltbelastungen noch stärker werden, was direkt und indirekt schädigende Auswirkungen auf die Gesundheit und das Gemeinwohl der Menschen hat. Dies ist besonders in Sektoren der Fall, die die höchsten Umweltbelastungen aufweisen – Ernährung, Mobilität, Energie wie auch Infrastruktur und Gebäude.«¹³ Anfang 2021 ging die Europäische Umweltagentur in ihrer Aussage noch einen Schritt weiter, indem sie betonte, dass »ökonomisches Wachstum eng mit dem Zuwachs in der Produktion, dem Verbrauch und dem Nutzen von Ressourcen verbunden ist und schädigende Auswirkungen auf die Natur und die Gesundheit der Menschen hat. Es ist unwahrscheinlich, dass auf lange Sicht auf globaler Ebene eine vollständige Entkoppelung von wirtschaftlichem Wachstum von Umweltbelastungen und -auswirkungen erreicht werden kann; daher müssen die Gesellschaften Wachstum und Fortschritt und ihre Bedeutung für weltweite Nachhaltigkeit neu denken.«¹⁴ Die Fixierung des aktuellen Wirtschaftssystems auf wirtschaftliches Wachstum basiert auf und ist strukturell abhängig von der ständigen Ausweitung von Gewinnung, Produktion und Verbrauch materieller Güter wie auch von Dienstleistungen. Gemessen wird es als

Steigerung des Bruttonettoprodukts (BSP), anstatt Erfolg als Steigerung des menschlichen und planetaren Gemeinwohls zu definieren. Ein ökonomisches System, das einem Ressourcen-basierten BSP-Wachstum Vorrang über andere Zielsetzungen gibt, geht mit bestimmten Auswirkungen einher.¹⁵

Erstens bewertet das aktuelle ökonomische System die wichtigsten Arbeiten, die Leben erhalten, zu niedrig, wie beispielsweise Sorgearbeit oder ökologische Prozesse, die aus einer marktwirtschaftlichen Perspektive nicht- oder weniger profitabel sind. Unsere Ökonomien werden charakterisiert durch eine Trennung des Produktionsbereichs, der alle Marktgüter und Dienstleistungen einschließt, vom Reproduktionsbereich, der weitgehend nicht-monetarisierte, unbezahlte und nicht anerkannte Pflegearbeit einschließt. Diese wird zumeist von Frauen (in all ihrer Vielfalt) ausgeführt.

Zweitens verstetigt unser Wirtschaftssystem eine ungleiche Verteilung von Macht, Einkommen und Reichtum. Haben sich beispielsweise die Rechte der Frauen in vielen europäischen Ländern deutlich verbessert, so ist die sozio-ökonomische und politische Realität noch stark von Ungleichheiten geprägt, wenn wir zum Beispiel an die Partizipation bei Entscheidungen im politischen wie auch im ökonomischen Bereich denken, bei Einkommen und dem lebenslangen Einkommensgefälle oder der Verteilung unbezahlter Pflegearbeit. Hinzu kommt, dass weiße Menschen (hier verstanden als Menschen, die das Privileg haben, nicht aufgrund ihrer ethnischen Herkunft rassifiziert, stereotypisiert oder diskriminiert zu werden) auf einer kollektiven wie auch individuellen Ebene ständig strukturelle Vorteile und Rechte genießen, die rassifizierten und ethnischen Gruppen nicht zuteilwerden. Ethnische Minderheiten sind immer mit intersektionalen Ungleichheiten beim Zugang zu guter Arbeit, angemessenem Wohnraum und hochwertiger Bildung konfrontiert. Oft sind sie Umweltgiften, wie Luftverschmutzung oder extremen Wetterereignissen, ungleich stärker ausgesetzt.

Trotz dieser allseits bekannten Realität fehlt den meisten EGD-Strategien eine vertiefte und umfassende intersektionale Analyse bestehender Ungleichheiten. So erkennt beispielsweise der Vorschlag für den sozialen Klimafonds, der als Teil des Fit-for-55-Pakets die »sozialen« Kosten des Übergangs ausgleichen und schutzbedürftige Gruppen schützen soll, an, dass der CO₂-Preis tatsächlich ungleich größere Auswirkungen auf Frauen hat. Dennoch werden die Ursachen dafür nicht beachtet (siehe Kapitel 2.1 – Energie).

Es besteht ein großes Risiko, dass der EGD und seine Strategien nicht den notwendigen systemischen und transformativen Wandel einleiten werden, der Wirtschafts-, Umwelt- und soziale Gerechtigkeit, inklusive Gleichstellung der Geschlech-

ter, sichern und zugleich unsere Wirtschaft zurück in die ökologischen Grenzen des Planeten führen wird. Wir behaupten, dass die EU ihre Klima- und Umwelt- wie auch die sozialen und Wirtschaftsstrategien vollkommen darauf ausrichten muss, die Auswirkungen auf die Umwelt zu minimieren und Ungleichheiten zu beseitigen. Sie muss die existierenden Machtstrukturen, die auf patriarchalen Werten beruhen, hinterfragen und die Ursachen unseres aktuellen nicht nachhaltigen Systems angehen. Wenn diese nicht angesprochen werden, besteht das Risiko, dass strukturelle Diskriminierung Teile der Gesellschaft beim grünen Übergang zurücklässt.¹⁶ Einige Abschnitte des EGD enthalten Deutungselemente, die über den grünen Kapitalismus hinausgehen. Während beispielsweise der EGD nicht deutlich Postwachstumsziele benennt, so erkennt er doch als Voraussetzung für die Gesundheit der Menschen ein wieder hergestelltes Ökosystem an wie auch die Notwendigkeit, Allgemeingüter von industrieller Ausbeutung wiederzuerlangen und zu schützen.¹⁷ Zudem wird eine umfassende Transformation der Industrie zu einer, die nicht auf Ausbeutung beruht, gefordert.¹⁸ Auch wenn nicht deutlich beschrieben wird, wie diese Transformation praktisch in Form von Reduzierung der Durchsatzmengen aussieht, so werden doch Unternehmensmodelle als notwendig herausgestellt, die »wiederverwendbare, langlebige und reparierbare Produkte« anbieten, sowie das Recht der Konsument*innen, die Produkte zu reparieren und damit das Veralten der Produkte zu beenden.¹⁹ Weiter deutet der Hinweis, dass »ein neuer Pakt nötig [ist], der die Bürgerinnen und Bürger in all ihrer Vielfalt eint«, auf den Stellenwert einer »Umweltbürgerschaft« und der Beteiligung und die Anerkennung aller Bürger*innen und anderen Interessenvertreter*innen.²⁰ Die EGD-Strategien können nur erfolgreich sein, wenn die Interessenvertreter*innen bei der Gestaltung von Anfang an involviert sind.

ÜBERGANG ZU EINER FEMINISTISCHEN GEMEINWOHLÖKONOMIE

Es bedarf einer grundlegenden Veränderung der Konzepte, die unseren Strategien zugrunde liegen, wozu auch eine stark intersektionale Herangehensweise gehört, um herausfordernde und transformative Klima- und Umweltpolitik zu machen. Es bedarf der Transformation unserer Wirtschaft ihn zu einer feministischen Gemeinwohlökonomie, die sich auf Sorgearbeit und das Gemeinwohl der Menschen und der Natur konzentriert anstatt auf BSP-Wachstum. Auch müssen wir uns mit den Machtdynamiken, die mit Gender einhergehen, beschäftigen und wie diese mit anderen Identitäten, wie Alter, Einkommen, Klasse, Reichtum, Rassifizierung, Ethnizität, Fähigkeiten und anderen Dimensionen von Vielfalt in Beziehung stehen. Wie oben dargelegt können die EU und ihr EGD potenziell eine wichtige Rolle dabei spielen, da

dies ein Einfallstor für einen transformativen Wandel bietet. Wir empfehlen, diese Möglichkeiten stärker in Erwägung zu ziehen, um unser Verständnis von einem gerechten Übergang zu erweitern und weitere Strategien zu entwickeln, die Geschlechter- und Klimagerechtigkeit befördern.

AUF DEM WEG ZU EINEM GERECHTEN ÜBERGANG

Der EGD hebt die sozialen Dimensionen als wichtig hervor und betont, dass »dieser Übergang gerecht und inklusiv« sein muss, als eins seiner Hauptziele.²¹ Die Europäische Kommission folgt einer eher engen Herangehensweise, bei der die Mittel für den gerechten Übergang hauptsächlich auf die negativen Auswirkungen des Übergangs in bestimmten Regionen und Wirtschaftssektoren, wie Kohlebergbaugebiete und Industrien mit hohem CO₂-Ausstoß abzielen. Das erste Instrument, um mögliche soziale Auswirkungen zu verringern, war die Schaffung des Mechanismus für einen gerechten Übergang als »ein zentrales Instrument, um sicherzustellen, dass der Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft fair verläuft und niemand zurückgelassen wird«.²² Er unterstützt Sektoren und Regionen, die aufgrund ihrer Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und CO₂-intensiven Industrien am stärksten betroffen sein werden, mit mindestens 150 Milliarden Euro im Zeitraum von 2021–2027. Unzweifelhaft bedarf die Abkehr von einer Wirtschaft, die auf fossilen Brennstoffen fußt, hin zu erneuerbaren Energien Umschulungen und Weiterqualifizierung von großen Teilen der Arbeitnehmer*innenschaft sowie die Unterstützung von Gemeinden, um sie widerstandsfähiger zu machen. Laut dem World Resources Institute könnte der Übergang zu Erneuerbaren Energien weltweit bis 2030 18 Millionen Arbeitsplätze schaffen, während etwa 6 Millionen Arbeitsplätze in Kohlekraftwerken, der Erdölförderung und anderen CO₂-intensiven Sektoren wahrscheinlich bis 2030 verschwinden werden.²³ Viele der neuen grünen Arbeitsplätze fordern andere Fertigkeiten als die vorherigen Arbeitsplätze im Energiesektor oder sie werden an anderen Orten sein. Doch mit seinem Fokus auf Sektoren und Regionen verteilt der Fonds den größten Teil der Gelder an eine zumeist männliche Arbeiterschaft, während in all jene Sektoren nicht investiert wird, in denen zumeist Frauen – oft mit geringem Lohn und großer Arbeitsplatzunsicherheit – arbeiten. Der Mechanismus befasst sich nicht mit Geschlechter- und intersektionale Ungleichheiten. Es besteht zudem das Risiko, dass von den neuen Arbeitsmöglichkeiten, z. B. im Erneuerbare-Energien-Sektor, vor allem männliche Arbeitnehmer profitieren und damit bereits existierende Geschlechtersegregation und andere Ungleichheiten in diesen Sektoren und allgemein auf dem Arbeitsmarkt verstärkt werden.

Der Arbeitsmarkt in der EU beschäftigt etwa 79 Prozent der Männer im Vergleich zu 67 Prozent Frauen, was zu einer Kluft von 12 Prozentpunkten bei der Arbeitslosigkeit führt.²⁴ Nehmen wir noch die intersektionalen Faktoren hinzu, sehen die Zahlen noch schlechter aus. So haben beispielsweise nur 21 Prozent der Frauen mit Behinderungen in der EU eine Arbeitsstelle, verglichen mit 29 Prozent der Männer.²⁵ Im Energie-Sektor arbeiten wenige Frauen: Sie bilden 32 Prozent der Arbeiterschaft.²⁶ Während Frauen 46 Prozent der Verwaltungspositionen innehaben, sind sie lediglich auf 28 Prozent der technischen und 32 Prozent der leitenden Managementpositionen im Sektor zu finden.²⁷ Außer bei der Erwerbstätigkeit sind Frauen auch in neuen Energieprojekten, dazu gehören auch die auf Erneuerbare Energien ausgerichteten,²⁸ regelmäßig unterrepräsentiert, was ihre Teilhabe am Übergang im Energiesektor beispielsweise dadurch noch weiter einschränkt, dass sie sich nicht an Energiegenossenschaften beteiligen.²⁹ Dieses Geschlechtergefälle wurde ausführlich untersucht und hat seinen Ursprung in patriarchalen Normen und Erwartungen.³⁰ Diese bilden bis heute strukturelle und kulturelle Barrieren für die volle Teilhabe von Frauen in zentralen Bereichen wie Energie. Kurzum: Geschlechtsspezifische Stereotype, geschlechtsspezifische Orientierung in der höheren Bildung, unbewusste Vorurteile bei der Einstellung, sexistische Arbeitskulturen, Schwierigkeiten für Frauen – und generell für Menschen mit Betreuungsaufgaben – eine Work-Life-Balance herzustellen und die ungleiche Verteilung von Haus- und Sorgearbeit beschränken die Teilhabe von Frauen am Übergang zu Erneuerbaren Energien.³¹

Ein Sektor, der aus einer völlig anderen Perspektive problematisch ist, ist der Gesundheits- und Pflegesektor, in dem 76 Prozent aller Arbeitskräfte Frauen sind. Bei persönlicher Betreuung sind es sogar 86 Prozent.³² Diese Zahlen sind vermutlich noch zu gering, da ein großer Teil der Arbeitsplätze informell sind.³³ Sorge- und Hausarbeit sind Sektoren, die durch prekäre Arbeitsbedingungen gekennzeichnet sind wie Kurzzeit- und Teilzeit- (oder keine) Verträge, geringe Bezahlung und ein hohes Risiko von berufsbedingten Erkrankungen.³⁴ Viele Pflegekräfte sind in die oder innerhalb der EU migriert. Sie lassen ihre Kinder und Familien zurück, um für Familien Sorgearbeit zu leisten, an Orten, an denen Frauen einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt haben.³⁵ Die unbezahlte Sorgelast der Frauen hat sich mit der Covid-19-Pandemie und den Lockdownmaßnahmen verschärft. So zeigen beispielsweise Studien mit Daten aus Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, den USA und Italien, dass Frauen pro Woche durchschnittlich 15 Stunden mehr unbezahlten Sorgearbeit leisteten als Männer.³⁶

Neben intersektionalen und Genderbelangen wird die Herangehensweise der Europäischen Kommission an den ge-

rechten Übergang und den Mechanismus für einen gerechten Übergang kritisiert, da sie nicht in der Lage ist, soziale Gerechtigkeit und das Gemeinwohl aller zu etablieren. Das 17,5-Milliarden-Euro-Volumen des Fonds sei viel zu klein, um alle sozialen Kosten des Übergangs hin zu Klimaneutralität abzudecken.³⁷ Außerdem werden im Mechanismus für einen gerechten Übergang (Just Transition Mechanism) Ungleichheiten und soziale Rechte viel zu wenig angesprochen. Eine enge Definition des gerechten Übergangs mit dem Fokus auf Arbeitnehmer*innen, die die notwendigen Fertigkeiten für eine grüne Wirtschaft erwerben, berücksichtigt die weiteren Aspekte der Verteilungsgerechtigkeit von Klimapolitik und die größeren Bedenken rund um soziale Sicherung und Inklusion nicht.³⁸ Es fehlt eine »gehaltvolle Definition von dem, was ein gerechter Übergang für die Menschen (und nicht für die Unternehmen)« sein könnte.³⁹ Um einen gerechten Übergang zu einer Gemeinwohlökonomie zu schaffen, braucht es einen ökofeministischen Politikansatz.

EIN ÖKOFEMINISTISCHER ANSATZ ZU EINEM FAIREN UND GERECHTEN ÜBERGANG?

Damit die EU ihre Gleichstellungsziele und die Zielsetzungen des EGD erreichen kann, hinterfragt ein ökofeministischer Ansatz die patriarchalen, (neo-)kolonialistischen und kapitalistischen Strukturen, welche zugleich die Ursache für die Klimakrise sind und diese weiter vorantreiben, um die Ungerechtigkeiten, die viele in Europa und weltweit erleiden, zu beheben. Um sicherzustellen, dass unsere Wirtschaft geschlechtergerecht und inklusiv ist und die Klimaziele erreicht werden, brauchen wir ein holistisches Verständnis von Nachhaltigkeit und vom notwendigen gerechten Übergang. Dieser kann nicht auf die Bereiche Energie, Gebäude, Verkehr, Digitalisierung und Landwirtschaft verengt bleiben, alles Sektoren mit größtenteils männlichen Arbeitskräften und Führungsriegen. Stattdessen müssen alle Sektoren einbezogen werden, die zentral für unsere Gesellschaften sind, also auch solche mit hauptsächlich weiblichen Arbeitskräften. Statt auf Profit sollte er sich auf die Gerechtigkeit bei der Sorgearbeit wie auch im Hinblick auf Klasse, Ethnie, Umwelt und zwischen den Generationen ausrichten. In anderen Worten: Wir brauchen einen Übergang hin zu einer inklusiven, umverteilenden, nachhaltigen Wirtschaft.

Für diesen Übergang müssen wir davon loskommen, »grüne« oder nachhaltige Jobs als Arbeitsplätze zu sehen, die nur in der Energieproduktion und -effizienz sowie dem Umweltmanagement, nachhaltiger Mobilität oder Landwirtschaft zu finden sind. Nachhaltige Arbeitsplätze in einer ökofeministischen Gemeinwohlökonomie beinhalten alle Arbeiten, die zur Bewahrung oder Verbesserung des Gemeinwohls

WAS IST ÖKOFEMINISMUS?

Ökofeminismus entstand in der zweiten Welle der Frauenbewegung in den 1970ern. Das Konzept untersucht, wie die Ausbeutung der Natur und die Ausbeutung von Frauen als nicht oder gering bezahlte Arbeitskräfte zusammenhängen. Während vor allem in der frühen Zeit des Ökofeminismus einige Vertreterinnen auch essentialistische Argumente lieferten, die mit der Idee verknüpft waren, dass Frauen näher an der Natur oder per se die Pflegerinnen der Natur seien, arbeiten wir mit einem Verständnis, das solche Binaritäten ablehnt, die dem Patriarchat und dem Kolonialismus zugrunde liegen. Dazu gehören unterschiedliche Rollen, Räume und Machtbeziehungen, die durch diese Binaritäten zugeschrieben werden, etwa Mann-Frau, Weiß-Nicht-Weiß oder hetero-queer. Ökofeminismus bricht mit diesen Binaritäten, um die gelebten Erfahrungen marginalisierter Gruppen wie Frauen in all ihrer Diversität, ethnischer Minderheiten und indigener Gruppen, der Landlosen und anderer, die unter Umweltzerstörung und Klimawandel leiden, aufzuzeigen. Er zeigt, wie diese marginalisierten Gruppen einen ungleich größeren Anteil dieser Auswirkungen tragen, aber unterstützt sie zugleich, um Gerechtigkeit zu erlangen. In diesem Bericht folgen wir einer nicht-binären Sichtweise, die besagt, dass Geschlecht ein soziales Konstrukt ist und die normativen Annahmen über Geschlecht zum Vorteil einiger weniger innerhalb der patriarchalen, (neo-)kolonialen und kapitalistischen Strukturen benutzt werden. Wir verstehen Gender als eine Verflechtung des physischen Körpers, der Identität (wie eine Person ihr Geschlecht wahrnimmt) und des sozialen Geschlechts (die von der Gesellschaft zugeschriebenen Attribute). Diese Verflechtung ist dynamisch, da diese Kategorien nicht starr sind und daher kann sich das Gender einer Person ändern.

Ökofeminismus hat sich seit seinen Anfängen vor allem aufgrund der Arbeit von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender, intersexuellen und queer (LGBTIQ) und Black, Indigenous and People of Colour (BIPOC) Aktivist*innen gewandelt⁴⁰, die ein intersektionales Konzept von Ökofeminismus nutzen. Obwohl Gender und der Bezug zur Europäischen Klimapolitik den Schwerpunkt dieses Berichts bilden, wäre er nicht sehr wirkungsvoll ohne die intersektionale Analyse und die entsprechenden Empfehlungen. Der Begriff der Intersektionalität wurde von Kimberlé Crenshaw geprägt, eine afro-amerikanische Juraprofessorin, die auf die Unsichtbarkeit der Erfahrungen afro-amerikanischer Frauen im Rechtsbereich aufmerksam gemacht hat. Frauen konnten Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts oder Rasse, aber nicht von beiden zugleich, geltend machen. Intersektionalität heißt, dass eine Person gleichzeitig viele verschiedene Formen der Unterdrückung erleben kann, die sich summieren. Der Begriff kann für unterschiedliche Überschneidungen genutzt werden: Rassifizierung, Alter, Klasse, sexuelle Orientierung, Gender-Identität, Fähigkeit/Behinderung, sozio-ökonomischer Status, Religion, Kaste und andere. Die Europäische Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter ist intersektional angelegt, um die Vielfältigkeit der Erfahrungen von Frauen anzuerkennen und um sie mit anderen Strategien zu verknüpfen, wie beispielsweise der LGBTIQ+-Strategie oder dem EU-Aktionsplan gegen Rassismus. Dies muss jedoch auf Basis von Daten geschehen, die entlang unterschiedlicher Linien von Selbstidentifikation aufgeschlüsselt sind, damit intersektionale Politik gelingen kann.

von Mensch und Natur beitragen. Pflege und Bildung sind zwei besonders frauendominierte Sektoren, die im Zentrum des Übergangs gleich zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und mit denselben ökonomischen und sozialen Vorteilen bedacht werden müssen wie traditionelle »grüne« Arbeitsplätze. Dazu gehören in etwa gute Arbeitsbedingungen, gerechte Bezahlung, Arbeitsplatzsicherheit, Zugang zu sozialer Absicherung und Kinderbetreuung. Sorge- und Gesundheitsarbeiten verbrauchen aufgrund der großen Arbeitslast weniger Energie oder Rohstoffe und können somit schon jetzt als kohlenstoffarm gelten. Sie tragen zum Gemeinwohl unterschiedlicher Generationen und ganz allgemein zu Widerstandsfähigkeit und Gesundheit der Gesellschaft bei.⁴¹ Zweitens haben Untersuchungen gezeigt, dass der Klimawandel und die Umweltschädigung, besonders die weit verbreitete Verschmutzung, den Druck auf Gesundheit und Pflege noch zusätzlich zum größeren Bedarf einer alternden Bevölkerung in Europa erhöhen wird.⁴² Höhere Temperaturen und Hitzewellen werden beispielsweise mit Dehydrierung, Hitzschlägen und Herzgefäßerkrankungen in Verbindung gebracht.⁴³ Von Tieren auf Menschen überspringende Krankheiten, die unsere Gesundheitssysteme stark belasten, werden in Zukunft häufiger auftreten, vor allem dann, wenn globales Handeln in der Umweltkrise sich nicht deutlich verbessert.⁴⁴ Und schließlich ist Bildung entscheidend für die langfristige Nachhaltigkeit von Gesellschaften zur Vermittlung von ökologischem Wissen und der notwendigen Fertigkeiten und Instrumente an zukünftige Generationen, um auf die umweltbedingten Herausforderungen wie den Klimawandel reagieren zu können. Die Europäische Kommission hob selbst die zentrale Rolle von Bildung und Ausbildung hervor, als sie einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zu ökologischer Nachhaltigkeit einbrachte.⁴⁵

Geschlechtergerechtigkeit muss übergreifend in allen Sektoren erreicht werden, die für langfristige Nachhaltigkeit notwendig sind, vor allem bei Erneuerbaren Energien, Gebäudebau, Verkehr und Landwirtschaft. Dies kann dadurch geschehen, dass die Geschlechtergerechtigkeit in allen Aspekten dieser Sektoren eingebunden wird, dass ein Bewusstsein für die unterschiedlichen Rollen geschaffen wird, die Frauen beim Übergang spielen können, dass die kulturellen und sozialen Normen aufgebrochen werden sowie spezielle Frauentrainings und Kompetenzaufbau angeboten werden, um Talente anzuziehen.

VON GESCHLECHTERBLINDER POLITIK ZUR GENDER-TRANSFORMATION: PRAKTIKEN UND MECHANISMEN

Es braucht transformative Maßnahmen, um einen geschlechtergerechten und inklusiven Übergang hin zu einem klimaneutralen Europa zu schaffen.

- Ein System beizubehalten, das (Geschlechter-)Ungerechtigkeit hervorruft, wird diese nur aufrechterhalten. Die Klimakrise ist eine direkte Folge unseres Wirtschaftssystems, das auf fossilen Brennstoffen basiert und Gewinne ermöglicht, die auf vergangenen und noch bestehenden Ungerechtigkeiten, ausbeuterischen Strukturen und dem Ungleichgewicht an politischer und wirtschaftlicher Macht beruht. Dies wird deutlich in den Gewinnen, die aufgrund postkolonialer Strukturen oder Ungerechtigkeiten innerhalb der Gesellschaften entstehen, wie etwa das Lohndumping von Pflegekräften, Saisonarbeiter*innen oder dem Fakt, dass ein großer Teil des Reichtums des Globalen Nordens durch die Ausbeutung während der Kolonialzeit entstanden ist. Dieses System ist abhängig von Wirtschaftswachstum und stetig steigenden Konsum, welcher wiederum die Ausbeutung natürlicher Ressourcen antreibt. Der EGD und andere wichtige strategische Rahmenwerke müssen die Ursachen dieser Ungerechtigkeiten angehen und die herrschenden Unterdrückungssysteme durchbrechen.
- Die EU muss einen breiteren und holistischeren Ansatz zu Nachhaltigkeit und einem gerechten Übergang verfolgen, der auf Fürsorge, Solidarität, Gleichstellung und Naturschutz konzentriert ist. Geschlechtergerechtigkeit muss ein Hauptziel der Klima- und Umweltpolitik werden. Um für den Übergang stärkeren Rückhalt zu gewinnen und sicherzustellen, dass alle in Europa davon profitieren, muss gezielt ein intersektionaler Rahmen geschaffen werden.
- Die Transformation unserer Wirtschaft ist unabdingbar. Die EU muss ihre Kernstrategien neu ausrichten – weg von Wirtschaftswachstum hin zum Gemeinwohl für Menschen und den Planeten. Um diese neuen Ziele zu messen, müssen wir bessere Maßstäbe finden und das BSP als den übergreifenden Indikator für Wohlergehen durch bessere Indikatoren zur Berechnung des Gemeinwohls ersetzen. Unbezahlte und bezahlte Sorgearbeit müssen als zentrale Elemente unserer Wirtschaft anerkannt werden.
- Um geschlechtertransformative Klima- und Umweltpolitik in der Praxis umzusetzen, sollte die EU alle Bemühungen unterstützen, die durch Initiativen – etwa runde Tische, Kampagnen und gezielte Förderung – Bewusstsein für die Verbindung von Gender-, Umwelt- und Klimabelangen schaffen wollen. Für eine fundierte Politik sollte die EU das Sammeln und Analysieren von intersektionalen Daten sicherstellen und die Datenlücke bei der Verbindung von Gender und Umwelt schließen. Die Bereitstellung von gezielten Fördermitteln könnte helfen, die Verknüpfung von Gender- sowie Klima- und Umweltpolitik besser zu verstehen.
- Die Repräsentation muss ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis aufweisen und die Vielfalt der Menschen in Europa widerspiegeln. Die EU muss Frauen als aktive Kräfte des Wandels fördern, Frauen und schutzbedürftige Gruppen proaktiv in Beratungen, Planungen und Politikgestaltung einbeziehen sowie den sozialen Dialog und das gemeinsame Verhandeln stärken, um Diskriminierung und ungleiche Behandlung zu beenden. Die EU muss ihre Bemühungen über reine Alibipolitik hinaus verstärken, um die Repräsentation und Partizipation von Frauen zu verbessern, vor allem am Schnittpunkt unterschiedlicher Formen von Rassismus und Diskriminierung, auf EU- und nationaler sowie auf Unternehmensebene. Dies könnte beispielsweise durch paritätische Maßnahmen und verbindliche Ziele erreicht werden, durch Mechanismen, welche die partizipative Demokratie fördern und durch die Gewährleistung von transparentem, inklusivem und sinnvollem Engagement und der Beratung von Stakeholdern, die Geschlechter-, Klima- und Umweltgerechtigkeit in all ihrer Diversität in die Klima- und Umweltpolitik einbringen. Inklusive Klimapolitik beruht auf gleicher Teilhabe.

2

EINE GENDER-ANALYSE DER EU-KLIMAPOLITIK

Im folgenden Abschnitt werden wir drei Bereiche des European Green Deals untersuchen, die aufgrund ihrer hohen Emissionen besonders wichtig sind:⁴⁶ Energie, Verkehr und Landwirtschaft. Mithilfe von Interviews mit zentralen Stakeholder*innen wie auch der Forschung zu den jeweiligen Politikfeldern entwickeln wir eine ökofeministische Analyse und geben konkrete politische Empfehlungen. Auf diese bereichsbezogenen Abschnitte folgt eine Erörterung des sozialen Klimafonds mit einer Darlegung, wie er genutzt werden kann, um diese Empfehlungen umzusetzen. Darauf folgt ein kurzer Abschnitt zu übergreifenden Empfehlungen.

2.1 ENERGIE

Der Energiesektor ist für den Ausstoß von 75 Prozent aller Treibhausgasemissionen in der EU verantwortlich und daher der wichtigste Ansatzpunkt.⁴⁷ Als zentrales Ziel des Übergangs im Energiesektor, der über alte Energiemuster und fossile Quellen hinausgehen muss, muss sichergestellt werden, dass niemand zurückgelassen wird. Die Mitteilung zum European Green Deal stellt heraus, dass »die Politik in Bezug auf die Versorgung der gesamten Wirtschaft mit sauberer Energie sowie in den Bereichen Industrie, Produktion und Verbrauch, [...] Bauwesen, Besteuerung [...] überdacht werden« muss.⁴⁸ Dieser Abschnitt analysiert die Vorschläge neuer EU-Gesetze, um die bestehenden Gesetze im Energiebereich wie die Erneuerbare-Energien-Richtlinie, die Energiesteuerrichtlinie sowie die Energieeffizienzrichtlinie und die EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, aus einer Geschlechterperspektive zu überdenken.

DIE VERBINDUNG VON GENDER UND ENERGIE

Die Verbindung von Gleichstellung und Energiepolitik zu erkennen ist die Voraussetzung dafür, den Weg zu einer ambitionierten, geschlechtergerechten und intersektionalen Energiepolitik zu ebnet.⁴⁹

- *Produktive Arbeit*: Der Energiesektor ist immer noch stark männlich dominiert. 2019 waren 80 Prozent aller Arbeitskräfte Männer.⁵⁰ Frauen sind stärker im Bereich Erneuerbare Energien vertreten, wo sie 2016 35 Prozent der Arbeiterschaft bildeten.⁵¹ Die Daten zeigen aber auch, dass Frauen immer noch ausgebremst werden, wenn sie im Energiesektor arbeiten wollen. Dies geschieht vor allem aufgrund existierender Geschlechterstereotypen, die schon in früher Bildung sehr wirkmächtig sind. Eine Arbeitskultur ohne inklusives Umfeld, wie flexible Arbeitszeiten oder Weiterbildungsmöglichkeiten, sind andere Faktoren.⁵² Über den Energiesektor hinaus führt das geschlechtsspezifische Lohngefälle in der EU, das bei 14,1 Prozent liegt,⁵³ automatisch zu einer geschlechtsspezifischen Rentenlücke von rund 30 Prozent.⁵⁴ Frauen haben demnach weniger Ressourcen, um in energieeffiziente Geräte, eigene Lösungen im Bereich der Erneuerbaren Energien, Energiegenossenschaften und energieeffizientes Renovieren zu investieren.
- *Reproduktionsarbeit*: Reproduktionsarbeit ist in weiten Teilen unbezahlte Sorgearbeit wie Kinderbetreuung, Pflege älterer Personen, Hausarbeit und gemeinnützige Arbeit. Etwa zwei Drittel der unbezahlten Arbeit in der EU wird von Frauen verrichtet.⁵⁵ Das führt zu Unterschieden bei Energieverbrauchsmustern, da Sorgearbeit meist zu Hause stattfindet. Obwohl Frauen insgesamt einen niedrigeren Energieverbrauch haben (zur geschlechtsspezifischen Nutzung von Verkehrsmitteln siehe das folgende Kapitel), verbrauchen sie aufgrund ihrer Sorgearbeit im Haushalt mehr. Unterschiedliche Geschlechterrollen und ihr Einfluss auf Verbrauchsmuster müssen bei der Gestaltung von Energiepolitik und Gesetzgebung wie die Revision der Erneuerbare-Energien-Richtlinie und der Energiesteuerrichtlinie in Augenschein genommen werden.
- *Macht und Beschlussfassung*: Laut einer Studie der Europäischen Kommission liegt der Anteil von Frauen in den Energieministerien der EU-Mitgliedsstaaten bei 44 Prozent.⁵⁶ 2020 lag der Anteil von Frauen in den

nationalen Parlamenten der EU-28 bei 32,7 Prozent und bei 39,1 Prozent im Europäischen Parlament.⁵⁷ Die fehlende Vertretung von Frauen in all ihrer Vielfalt bei der Beschlussfassung zu Energiepolitik und damit verbundenen Fragen lässt es wahrscheinlich werden, dass die Erfahrungen und Bedarfe von Frauen zur Seite gedrängt werden. Dies führt zu einer Politik, die nicht auf Geschlechterunterschiede eingeht und einen androzentrischen Ansatz für den Übergang im Energiesektor hat.

GESCHLECHTERGEFÄLLE BEIM ÜBERGANG IM ENERGIESEKTOR

Um die Klimaziele 2030 zu erreichen, sieht der EGD einen »fairen, wettbewerbsfähigen und grünen Übergang« vor, gestützt durch Maßnahmen wie stärkere Nutzung Erneuerbarer Energien, Energiesparmaßnahmen und eine Steuerreform. Der Übergang im Energiesektor wird sehr wahrscheinlich bereits existierende Machtgefälle verstärken, wenn diese nicht angegangen werden. Dennoch wird Geschlechtergerechtigkeit, z. B. beim im Mai 2019 verabschiedeten Paket für Saubere Energie, nicht als Ziel des Übergangs erwähnt. Die Verordnung (EU) 2018/1999 über das Governance-System für die Energieunion und den Klimaschutz,⁵⁸ Teil des Pakets für Saubere Energie, ist eine Ausnahme, da auf das Pariser Abkommen⁵⁹ und dazugehörige Verpflichtungen zu Menschenrechten und Geschlechtergerechtigkeit Bezug genommen wird. Die EU-Mitgliedsstaaten »sollten daher die Aspekte der Menschenrechte und der Gleichstellung angemessen in ihre integrierten nationalen Energie- und Klimapläne und ihre langfristigen Strategien einbeziehen«.⁶⁰ Doch die Analyse zeigt, dass von den 27 nationalen Energie- und Klimaplänen nur acht Gender erwähnen, zumeist in der Präambel mit dem Hinweis auf andere (internationale) Verpflichtungen. Ein motivierender Faktor sollte die von der Europäischen Kommission verabschiedete Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter sein,⁶¹ die Gender-Mainstreaming in allen Politikbereichen in Aussicht stellt und auch zukünftige politische Maßnahmen im Rahmen des EGD erwähnt. Eine umfassende Analyse der darauffolgenden Antragsentwürfe für die EU-Gesetzgebung zeigt wenige tatsächliche Verpflichtungen hin zu einem geschlechtstransformativen Energiesystem und nur ein paar ausdrückliche Hinweise auf Gleichstellung.

ÜBERPRÜFUNG DER RED II (VORSCHLAG)

Die Europäische Kommission schlägt vor, dass die Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED)⁶² 2022 überarbeitet werden sollte, um den neuen Klimazielen der EU für 2030 und 2050

Rechnung zu tragen. 2009 wurde die RED angenommen mit dem erklärten Ziel, dass die Erneuerbaren 2020 einen Anteil von mindestens 20 Prozent beim Energieverbrauch haben sollten. Sie wurde dann 2018 (RED II) gründlich überarbeitet mit einem neuen Ziel von mindestens 32 Prozent an Erneuerbaren Energien. Der Vorschlag vom Juli 2021 ist, das verbindliche Ziel für 2030 auf 40 Prozent zu erhöhen. Der wichtigste Sektor ist der Bau- und Wohnungssektor. Daher folgt der Vorschlag, die RED II zu überarbeiten, dem Ansatz, dass Konsument*innen die Hauptakteure des Übergangs im Energiesektor werden sollen. Dies umfasst das Recht, Energie zu produzieren und mit ihr zu handeln. Produktion und Konsum bilden »Prosument*innen«, die die Möglichkeit haben, mit dezentralisierten und partizipativen Konzepten an allen Märkten teilzuhaben, sei es individuell oder gemeinsam. Dieses Konzept braucht jedoch eine geschlechterspezifische Herangehensweise, um sein volles Potenzial auszuschöpfen.

Eine Studie in Norwegen und dem Vereinigten Königreich zur Energieproduktion zu Hause zeigt, dass Frauen aufgrund der Umweltvorteile generell Interesse am *Prosumer*-Modell haben, aber die »existierende soziale Differenzierung entlang von Geschlechterlinien, unter der »moderne« Technologien immer noch als eine männliche Domäne wahrgenommen werden, stellt eine Barriere für die meisten Frauen dar, uneingeschränkte Prosumentinnen zu werden«.⁶³ Eine Studie in Deutschland zeigte ähnliche Ergebnisse für Energiegemeinschaften, die mit dem Geschlechtergefälle zusammenhängen. Sie machte deutlich, dass die Unterschiede bei den Sorgeverpflichtungen den Handlungsspielraum und die Möglichkeiten von Frauen und Männern zur Teilhabe an Erneuerbaren-Energien-Gemeinschaften steuern.⁶⁴ Die Politik muss daher inklusive Verfahren vorantreiben, die eine vielfältige Gruppe von Prosument*innen anspricht, damit die Zahl der energieproduzierenden Haushalte ansteigt. Beide Studien kommen zu dem Schluss, dass geschlechterspezifische berufliche Segregation, die sich sowohl in weniger weiblichen Arbeitskräften im Bereich Erneuerbare Energien als auch in weniger Frauen in den Führungsriege niederschlägt, die begrenzenden Effekte von Geschlechternormen aufrechterhalten.

ÜBERPRÜFUNG DER ENERGIEEFFIZIENZRICHTLINIE UND DER RENOVIERUNGSWELLE

Das neue Ziel, bis 2030 die Treibhausgas-Emissionen um mindestens 55 Prozent im Vergleich zum Niveau von 1990 zu senken, erfordert auch eine Anpassung der Energieeffizienzrichtlinie,⁶⁵ die im Juli 2021 vorgeschlagen wurde.⁶⁶ Der Vorschlag wirbt mit dem Prinzip »Energieeffizienz muss im Mittelpunkt stehen«, um die CO₂-Emissionen zu senken.

Das Ziel ist eine Senkung des Energieverbrauchs bis 2030 um 9 Prozent des Niveaus von 2020.

Mit der Aufforderung an die EU-Mitgliedsstaaten, bei der Umsetzung von Verpflichtungen zur Energieeffizienz schutzbedürftige Konsument*innen sowie Menschen, die in Energiearmut⁶⁷ oder in Sozialwohnungen leben, bei der Einrichtung von Energieeffizienzverpflichtungssystemen (Artikel 8 und 9) bevorzugt zu berücksichtigen, folgt der neue Vorschlag dem Aufruf zur Unterstützung schutzbedürftiger Verbraucher*innen.⁶⁸ Außerdem verfolgt er das Ziel, dass Energieeffizienzmaßnahmen keine negativen Auswirkungen auf diese Gruppen haben sollten. Die vorgeschlagenen Maßnahmen für EU-Mitgliedsstaaten beinhalten die gezielte Information und ein erhöhtes Bewusstsein dafür, diese Gruppen zu stärken, wie auch die öffentliche Förderung zu Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen besonders für schutzbedürftige Verbraucher*innen sowie den Aufbau von Netzwerken von Menschen aus relevanten Zielgruppen. Dass Energiearmut in Energieeffizienzmaßnahmen Erwähnung findet, ist nicht neu; doch der Aspekt der Stärkung im Artikel 22 des Vorschlags, der auch konkrete Empfehlungen zur Umsetzung liefert, ist neu. Die vorgeschlagenen Maßnahmen beinhalten die Bereitstellung von »technischer Hilfe für soziale Akteure, um eine aktive Beteiligung schutzbedürftiger Verbraucher am Energiemarkt und positive Verhaltensänderungen in Bezug auf ihren Energieverbrauch zu fördern« (Artikel 22(3)(e)) und den »Zugang zu Finanzierungsquellen, Finanzhilfen oder Subventionen, die an Mindestenergiegewinne gebunden sind«, sicherzustellen (Artikel 22(3)(f)).

Die Forschung zeigt, dass Frauen und von Frauen geleitete Haushalte ungleich stärker von Energiearmut betroffen sind.⁶⁹ Energiearmut wird durch andere soziale Dimensionen intersektional verstärkt, z. B. Alter, Geschlecht oder ethnische Herkunft.⁷⁰ Zurzeit gibt es keine Strategien oder Maßnahmen in der EU, die diese Verbindung von Gender und Energiearmut direkt angehen.⁷¹ Artikel 22 im Vorschlag zur überarbeiteten Energieeffizienzrichtlinie fordert von den EU-Mitgliedsstaaten, dass sie für ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis in den Expert*innennetzwerken sorgen, die zur Unterstützung von Entscheidungsträger*innen zur Bekämpfung von Energiearmut eingerichtet werden sollen. Eine weitere Aufgabe dieser Netzwerke kann gemäß Artikel 22(4)(d) auch sein herauszufinden, warum Frauen häufiger unter Energiearmut leiden sowie mögliche Auswege dafür zu finden. Dies sind vielversprechende Aspekte, da sie die Türen für eine (verpflichtende) Analyse in Bezug auf Gender für diesen Sektor öffnen. Dies wird von Expert*innen und Interessenvertreter*innen zum Thema Gender seit geraumer Zeit gefordert.⁷²

Die Renovierungswelle⁷³ der EU hat zum Ziel, private wie auch öffentliche Gebäude zu renovieren, und sie ist eine weitere Säule, um die Energieeffizienz voranzubringen. Zusammen mit der Änderung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden⁷⁴ ist dies ein deutliches politisches Signal, mehr Gebäude zu renovieren und Renovierungen zu verbessern. Bis 2030 könnten 35 Millionen Gebäude renoviert werden und bis zu 160 000 zusätzliche grüne Arbeitsplätze könnten im Bausektor entstehen. Energiearmut zu beseitigen ist ein weiterer Bestandteil dieses Pakets; jedoch fehlt wieder die Geschlechterperspektive. Die Wohnsituation von Männern und Frauen ist nicht gleich und Studien zeigen, dass Frauen häufiger in ärmlichen Wohnverhältnissen leben. Das Europäische Parlament erkannte Anfang 2021 an, »dass besonders Frauen von der Wohnungskrise betroffen sind; [es] betont, dass Frauen häufiger von Armut betroffen sind, teils aufgrund des Lohn- und Rentengefälles zwischen Frauen und Männern und weil sie häufiger Teilzeitjobs haben; [...] [es] fordert die Kommission und die Mitgliedsstaaten auf, einen geschlechtsspezifischen Ansatz für ihre Wohnungspolitik zu entwickeln, besonders zur Unterstützung von Frauen in besonderen Situationen wie Alleinerziehende«.⁷⁵

Die Entscheidung des EPs betonte darüber hinaus die intersektionalen Dimensionen der Wohnungskrise: »Zugang zu gutem und bezahlbarem Wohnraum ist schwieriger für schutzbedürftige Gruppen wie Erwerbsarme, Frauen, junge Menschen, besonders junge Arbeitslose, Alleinerziehende, Großfamilien, Ältere, besonders Alleinstehende, LGBTIQ-Menschen, Migrant*innen, Geflüchtete, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit physischen oder psychischen Krankheiten und Menschen aus marginalisierten Gemeinschaften einschließlich Roma«.⁷⁶ Die Initiative zu bezahlbarem Wohnraum als Teil der Renovierungswelle beinhaltet offensichtlich keine geschlechtsspezifische Analyse und die Förderaufrufe dieser Initiative betonen nicht, dass die Gleichstellung einbezogen werden muss.

Renovierung erhöht zumeist die Miete und es besteht das Risiko, dass Frauen, besonders in prekären Lebenslagen, ihre Wohnungen nach einer teuren Modernisierung verlieren, weil sie nicht mehr in der Lage sind, diese zu bezahlen. Obwohl ein Aspekt des Renovierungswelle-Pakets die Bezahlbarkeit ist, mit dem Ziel, dass energieeffiziente Gebäude für Haushalte mit mittlerem oder geringem Einkommen bezahlbar bleiben, existiert in diesem Sektor bereits Ungleichheit. Dieser muss aktiv beseitigt werden, um den Auszug der vorherigen Mieter*innen aufgrund der energetischen Sanierung zu vermeiden.⁷⁷ Dieser Prozess ist eng mit dem Problem der Gentrifizierung verbunden, wenn die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsschichten gezwungen sind, in andere kostengünstigere Stadtteile zu ziehen,

wo die Renovierungswelle noch nicht angekommen ist und die im Allgemeinen schlechter angebunden sind, was die Abhängigkeit vom Öffentlichen Nahverkehr noch erhöht.

Über die möglichen Auswirkungen von immer höheren Mieten hinaus sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Besitz von Wohnraum auch wichtig. Es gibt wenig Daten zu Frauen und Wohnbesitz in der EU. Eine aktuelle Studie merkt an, dass »Frauen im Allgemeinen eher vom Wohnbesitz ausgeschlossen sind als Männer«. Diese Studie fand zudem heraus, dass dies vor allem für bestimmte Arten von Haushalten gilt: »Ältere Frauen leben beinahe doppelt so häufig allein als Männer, was in beinahe jedem europäischen Land mit einer besonders geringen Wahrscheinlichkeit einhergeht, Wohnraum zu besitzen.«⁷⁸ Frauen, die ihren Wohnraum nicht besitzen, haben mit geringerer Wahrscheinlichkeit Einfluss auf Entscheidungen rund um Renovierungen (mit der Ausnahme von Genossenschafts- und ähnlichen Wohnprojekten) und daher werden ihre spezifischen Bedürfnisse eher nicht gehört.

Nicht nur beim direkten Einfluss auf Mietparteien und als Wohnraumbesitzer*innen sind Frauen im Bausektor allgemein besonders wenig vertreten und machen weniger als 9 Prozent der Arbeiterschaft aus.⁷⁹ Wenn diese Arbeitssegregation nicht beseitigt wird, besteht das Risiko, dass Frauen nicht von den neuen Beschäftigungsmöglichkeiten profitieren, die durch die Politik geschaffen werden.

ÜBERPRÜFUNG DER RICHTLINIE ZUR ENERGIEBESTEUERUNG

Steuern machen einen deutlichen Anteil der Konsumentenendpreise von Energie aus. Aus diesem Grund beeinflussen sie Verbrauchsmuster und Investitionen. Daher ist eine Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie von 2003⁸⁰ nötig, um die Anreize für fossile Brennstoffe zu beenden. Energiebesteuerung muss gänzlich mit den Klimazielen zusammengehen. Der Prozess, diese Richtlinie zu überarbeiten, ist gerade angelaufen. Die größte Änderung ist, dass Brennstoffe, welche die Umwelt am meisten schädigen, am höchsten besteuert werden. Außerdem werden Ausnahmen für fossile Brennstoffe, die zum Heizen und in bestimmten Produkten genutzt werden, langsam auslaufen und durch Maßnahmen ersetzt, die schutzbedürftige Haushalte unterstützen und Energiearmut verringern.

Ein geschlechterblindes Steuersystem vergrößert laut OECD im Allgemeinen implizit das Geschlechtergefälle.⁸¹ Eine neue Energiebesteuerungsrichtlinie muss daher auf einer gründlichen Geschlechteranalyse aufbauen, die die unterschiedlichen Auswirkungen auf Männer und Frauen berücksichtigt.

Energiebesteuerung ist zuvorderst eine Konsumsteuer und die Bedürfnisse und Praktiken beim Energieverbrauch unterscheiden sich zwischen Frauen und Männern aufgrund ihrer unterschiedlichen Geschlechterrollen. *Gender Budgeting* ist ein gutes Instrument, um dies zu berücksichtigen. Daher muss die geschlechtsspezifische Nachfrage in die Vorschriften zur Konsumsteuer entweder durch ausgleichende Maßnahmen oder soziale Härtefallregelungen einbezogen werden.⁸²

EMPFEHLUNGEN

- Die Einreichung einer geschlechtssensiblen Version der Förderprogramme für die Renovierungswelle und die Erneuerbare-Energien-Richtlinie, um Kriterien einzubeziehen, die den Anteil an Frauen in den davon profitierenden Sektoren erhöhen, sowie den Pflegesektor als einen davon profitierenden Sektor aufzunehmen.
- Die Herangehensweise verbessern, Verbraucher*innen durch ein geschlechterspezifisches Prosumer-Modell zu den wichtigsten Akteuren des Übergangs im Energiesektor in RED II zu machen, das Frauen und Männer ermutigt, sich an dezentralisierten Konzepten zu beteiligen und von diesen zu profitieren.
- Deutlich mehr zu den Hintergründen zu forschen, warum Frauen stärker unter Energiearmut leiden und inwiefern andere intersektional mit Gender verbundene soziale Dimensionen die Situation verschärfen.
- Die Einführung einer allgemeinen Definition von Energiearmut, die sowohl ihre Vielschichtigkeit erfasst wie auch alle Faktoren einschließlich Geschlecht, die dazu beitragen.
- Die Einführung eines geschlechtergerechten Steuersystems, das geschlechtsspezifische Verbrauchsmuster berücksichtigt und ausgleichende Maßnahmen enthält.

2.2 VERKEHRSWESEN

Das Verkehrswesen stärker inklusiv, zugänglich und nachhaltig zu machen, ist eine der obersten Prioritäten der EU und des EGD.⁸³ Mobilität, sei es, um zur Arbeit, zur Sorgearbeit oder aus Freizeitgründen zu fahren, ist ein basales Menschenrecht und unverzichtbar für den Lebensalltag von Menschen, aber bis jetzt weit davon entfernt, nachhaltig oder inklusiv zu sein.

Verkehr macht 29 Prozent der Treibhausgasemissionen der EU aus und ist einer der größten Treiber für Luftverschmutzung in Städten.⁸⁴ Was die Sache noch schlimmer macht, ist, dass im Gegensatz zu anderen Sektoren die Transportemissionen immer noch anwachsen und höher sind als 1990.⁸⁵ Der größte Teil dieser Emissionen entsteht durch den Straßenverkehr (74 Prozent).⁸⁶ Die Gruppe mit den höchsten 10 Prozent der Einkommen verbraucht etwa 45 Prozent der Energie für den Verkehr an Land und 75 Prozent der Energie für den Luftverkehr, was Verkehr zu einem der Verbrauchsbereiche mit dem höchsten Ungleichgewicht macht.⁸⁷ Zugleich sind die am stärksten schutzbedürftigen Menschen häufig überproportional stärker durch die negativen verkehrsbedingten Auswirkungen wie Lärm und Luftverschmutzung betroffen.⁸⁸

Gender ist einer der stärksten Einflussfaktoren für die Wahl des Verkehrsmittels.⁸⁹ Dennoch sind Mobilitätssysteme nicht geschlechtsneutral, sondern durch männliche Normen geprägt. Frauen, so zeigt die Forschung, sind stärker gewillt, nachhaltigen und grünen Verkehr zu wählen, dennoch ist es weniger wahrscheinlich, dass auf ihren Bedarf eingegangen wird und für Frauen ist es wahrscheinlicher, in Mobilitätsarmut zu geraten.⁹⁰ Daraus folgt, dass Mobilität und Verkehr Männern mehr zugutekommt als Frauen und anderen schutzbedürftigen Gruppen. Zugleich ist der Verkehrssektor einer der am stärksten von Männern beeinflussten in der EU, wahrscheinlich aufgrund fortgeschriebener Geschlechterstereotypen und (härterer) Arbeitsbedingungen.

Dieser Abschnitt analysiert aus einer Gender- und intersektionalen Perspektive die neue EU-Gesetzgebung, die auf nachhaltigen Verkehr abzielt, vor allem die Strategie zu nachhaltiger und intelligenter Mobilität.

GENDER UND VERKEHRSWESEN

Die Forschung zeigt, dass Frauen eher zu Fuß gehen und Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nutzen (vor allem Busse), während Männer stärker auf private Verkehrsmittel wie Autos, Motorräder, Fahrräder und neue Formen der Verkehrsdienstleistungen wie Fahrgemeinschaften oder Bike Sharing zurückgreifen.⁹¹ Interessanterweise nutzen Männer und Frauen Fahrräder gleichsam, wenn es eine sichere Fahrradinfrastruktur gibt. In Bezug auf Autos ist es wahrscheinlicher, dass Männer einen Führerschein und Zugang zu einem Auto haben, während Frauen eher auf dem Beifahrersitz sitzen. So sind beispielsweise laut dem Bundeskraftfahrtamt 62 Prozent aller Autos in Deutschland auf Männer zugelassen und nur 38 Prozent auf Frauen.⁹²

Männer und Frauen in Europa folgen auch unterschiedlichen Mobilitätsmustern, die in einer patriarchalen Gesellschaft

mit strukturellen Ungleichheiten verknüpft sind. Wie oben gezeigt, erledigen Frauen immer noch den größten Teil der Sorgearbeit. Sorgearbeit beeinflusst ihre Mobilität. Frauen legen häufig mehrere kurze Wege hintereinander zurück (»Wegekette«), fahren außerhalb der Stoßzeiten und wählen flexiblere Verkehrsmittel mit häufigen Halten, um Betreuungsarbeiten zu erledigen, etwa die Begleitung von Kindern oder Verwandten, Einkäufe oder die Unterstützung von Familienmitgliedern außerhalb des Hauses. Strecken, die von Männern zurückgelegt werden, sind eher einzelne Fahrten hin und zurück zum Arbeitsplatz.

Da Frauen stärker auf den ÖPNV angewiesen sind, haben sie Einschränkungen in diesem Bereich aufgrund von COVID-19 ungleich stärker getroffen.⁹³ Es gibt beispielsweise Untersuchungen, die zeigen, dass die Mobilität der Frauen in Italien, Spanien und Portugal drei Wochen nach dem Lockdown um 28 Prozent gesunken war, die der Männer nur um 21 Prozent.⁹⁴ Obwohl Frauen den größeren Anteil der ÖPNV-Nutzenden ausmachen, gibt es für sie höhere Hürden, die ihre Mobilität und ihren Zugang zu Jobs und Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheitsversorgung einschränken können. Ihre Sozialisierung macht Frauen stärker um ihre Sicherheit besorgt. Entsprechend möglichen Belästigungen passen Frauen zusätzlich ihre Wahl des Verkehrsmittels, der Strecke und der Zeit an, wenn sie zu Fuß gehen oder den ÖPNV nutzen. Nahezu doppelt so viele Frauen wie Männer fühlen sich im ÖPNV in London nicht sicher.⁹⁵

Frauen machen nur 22 Prozent der Arbeitskräfte im Verkehrswesen aus, wobei sie auf allen Entscheidungspositionen unterrepräsentiert sind.⁹⁶ Laut einer Studie, die von der *European Transport Workers' Federation* (ETF) in Auftrag gegeben wurde, stellt die herrschende Männlichkeitskultur die größte Herausforderung für Frauen dar, in diesen Sektor einzusteigen oder dort zu bleiben. Diese Arbeitskultur zeigt sich in der Diskriminierung von Frauen hinsichtlich von Lohnerhöhungen, gleicher Bezahlung oder Beförderungen. Die Untersuchung zeigte, dass beinahe ein Viertel der Frauen meinten, eine Frau zu sein, habe einen negativen Einfluss auf die Möglichkeit zu Beförderung und Weiterentwicklung. Ein anderer Einflussfaktor sind die Arbeitsbedingungen, die den Bedürfnissen von Frauen mit zusätzlicher Belastung im Zusammenhang mit der Sorgearbeit nicht entsprechen. Dazu gehören lange, unflexible und unregelmäßige Arbeitszeiten. Begrenzter Zugang zu sauberen Sanitäreinrichtungen und unsichere Arbeitsplätze kommen hinzu.⁹⁷ Eine andere Studie der ETF zu gegen Frauen im Verkehrswesen verübter Gewalt offenbarte, dass mehr als die Hälfte der Befragten mindestens einmal Gewalt erfahren hatten, ein Viertel mindestens vier Mal.⁹⁸

GENDER UND NACHHALTIGER VERKEHR IM EUROPEAN GREEN DEAL

Die Strategie zu nachhaltiger und intelligenter Mobilität (Smart and Sustainable Mobility Strategy – SSMS) wurde im Dezember 2020 zusammen mit einem Aktionsplan mit 82 Initiativen in zehn Schlüsselregionen (sogenannte Leitinitiativen) verabschiedet und gibt die Richtung zukünftiger Verkehrspolitik in der EU vor. Die Strategie hat drei Hauptziele: Das europäische Verkehrssystem nachhaltig, intelligent und widerstandsfähig zu machen. Wie im EGD dargestellt zielt dieser Plan darauf ab, durch Einführung eines intelligenten, widerstandsfähigen, sicheren, gut zugänglichen und bezahlbaren Verkehrssystems die Emissionen um 90 Prozent zu verringern.⁹⁹ Als Teil der Strategie verpflichtet sich die Europäische Kommission Mobilität fair und für alle zugänglich zu machen sowie die Gleichstellungsgrundsätze auf ihre Verkehrspolitik anzuwenden.¹⁰⁰ Dazu muss jede zukünftige Verkehrspolitik die Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025,¹⁰¹ den EU-Aktionsplan gegen Rassismus,¹⁰² die Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen¹⁰³ und die Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen berücksichtigen.¹⁰⁴ In diesem Sinne erfolgt ein klares Bekenntnis dazu, niemanden beim Übergang zurücklassen. Sie geht damit auch über die Gleichstellung der Geschlechter hinaus, indem sie den Bedarf anspricht, die Bedürfnisse von Menschen in prekären Situationen in all ihrer Vielfalt in der Verkehrspolitik zu berücksichtigen.

Mit Blick auf geschlechtsspezifische Pläne und Maßnahmen ist das Ziel dieser Strategie, den Verkehrssektor als Arbeitsplatz vor dem Hintergrund des digitalen Wandels für Frauen (und junge Menschen) attraktiver zu machen. Der Hauptfokus liegt auf der Fortführung der EU-Plattform für den Wandel – *Women in Transport*, die seit 2017 betrieben wird.¹⁰⁵ Ziel dieser Plattform ist es, die Anzahl der weiblichen Beschäftigten und die Chancengleichheit im Verkehrswesen zu erhöhen, indem den Akteur*innen eine Plattform bereitgestellt wird, auf der sie sich vernetzen und ihre *Best-Practices* sowie Ratschläge miteinander teilen können.¹⁰⁶ Die Beteiligung der Mitglieder erfolgt in Form von Veranstaltungen, Treffen, Konferenzen und dem Austausch von Informationen über ihre Initiativen. Mitglieder der Plattform evaluieren die Initiativen, um den Fortschritt und das Erreichen von Zielen nachzuverfolgen. Die meisten Initiativen bieten Mentoring-Programme oder *Girls' Days*, spezielle Foren und Seminare zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch, aber auch Aktionen wie kostenfreie Bedarfshalte bei Nachtbussen zur Erhöhung der Sicherheit.¹⁰⁷ Zusätzlich veranlasste die Generaldirektion Mobilität und Verkehr vier Studien, um Aspekte der Geschlechterdimension im Verkehrswesen zu untersuchen.¹⁰⁸

Eine der aktuellen Leitlinien im Paket zur Mobilität in der Stadt von 2013 (ein Teil der SSMS) ist das einzige Dokument der Europäischen Kommission, das direkt auf Geschlechter- und Mobilitätsmuster Bezug nimmt.¹⁰⁹ Die Europäische Kommission hat das Konzept von Stadtmobilitätsplänen (Sustainable Urban Mobility Plans – SUMP) ins Leben gerufen, die lokalen Behörden beim Wechsel zu nachhaltiger Mobilität im städtischen Raum Unterstützung bieten. Eine der aktuellen Leitlinien konzentriert sich besonders auf die Übernahme von Gender und Inklusion in die SUMP.¹¹⁰ Immer mehr Städte greifen das Konzept der SUMP auf,¹¹¹ aber keine Evaluation oder Prüfung, inwiefern die Städte die Geschlechterdimensionen aufgegriffen haben, wurde bisher durchgeführt oder geplant. Das EU-Regelwerk zur Mobilität in der Stadt muss immer noch dahingehend überarbeitet werden, die Herausforderungen anzunehmen und soziale, digitale und Klimaziele einzubeziehen. Der Plan erwähnt das Ziel der Inklusion als eine Zielvorgabe, aber es gibt keinen Hinweis auf Gender oder Intersektionalität, nicht einmal in Bezug auf die Beschäftigung.^{112, 113}

Trotz der Bemühungen schafft es die SSMS weder im Hinblick auf (Gender-)Inklusion noch auf Nachhaltigkeit grundlegende Änderungen zu erreichen. Erstens behandelt diese Strategie Gender nur mit Blick auf Beschäftigung. Über die Verringerung von Arbeitssegregation hinaus braucht die SSMS noch konkrete Maßnahmen und Pläne, wie Gleichstellung in allen Bereichen der Verkehrs- und Mobilitätspolitik eingebunden werden kann.

Zweitens steht vor allem die Förderung von Elektroautos und anderen Fahrzeugen wie Bussen im Zentrum der Strategie sowie der Hochgeschwindigkeitszugverkehr und effizienterer Luftverkehr, mit anderen Worten, die Strategie fokussiert auf einer gesteigerten Nachhaltigkeit der bereits bestehenden Verkehrsinfrastruktur durch verbesserte Technologien. Sie gibt keine Richtung oder Maßnahmen vor bezüglich eines Wechsels zu nachhaltigeren Verkehrsmitteln wie z. B. durch ein festes Ziel, die Anzahl von PKWs in der gesamten Region zu reduzieren, da die Zahlen immer weiterwachsen und Elektroautos deutlichen Einfluss darauf haben (Rohmaterialverbrauch, Stromverbrauch und Staus). Die Strategie führt also die Priorisierung privater und individueller Mobilität wie auch des Flugverkehrs gegenüber nachhaltigeren Verkehrsmitteln und -infrastruktur fort, die den Menschen auch gleichberechtigter zugutekäme. Viele Europäer*innen besitzen kein Auto, mit deutlichen Unterschieden zwischen den reichsten und den ärmsten Teilen der Region.¹¹⁴ Wie bereits dargelegt haben Frauen seltener Zugang zu Autos. Das gleiche gilt für Gemeinden mit niedrigem Einkommen. Die Strategie schreibt demnach die Bevorzugung der Bedürfnisse und Muster von männlicher und Mittelklasse-Mobilität auf

Kosten der Umwelt und aller anderen Nutzer*innen fort, wodurch bestehende Ungleichheiten verstärkt werden können.

Drittens gibt es keine Maßnahmen oder Empfehlungen, wie die Sicherheit für Frauen und Menschen in prekären Situationen sowohl als Nutzer*innen wie auch als Arbeitskräfte verbessert werden kann. Sicherheitsfragen werden auf Sicherheit im Straßenverkehr (wie Sekundenschlaf beim Fahren) reduziert.¹¹⁵ Obwohl die Digitalisierung als »unverzichtbare[r] Motor für die Modernisierung«¹¹⁶ des Verkehrssystems beschrieben wird, gibt es keine Hinweise auf soziale Aspekte.¹¹⁷ Die Strategie spricht weder sexistische noch rassistische Muster in Algorithmen von Mobilitätsprodukten an noch wie bessere Standards für inklusive Sicherheit, Fahrzeugdesign, Verkehrsmittel und Dummytests gewährleistet werden können, um die bestehende Datenlücke zu schließen.¹¹⁸

Viertens wird zwar das Fehlen von nach Geschlecht aufgeschlüsselten Daten und intersektionalen Daten zu Mobilität erwähnt, aber nicht vorrangig. Darüber hinaus wird Geschlecht, wenn überhaupt, oft als lediglich binär männlich/weiblich angesehen, ohne andere Geschlechter und soziale Kategorien einzubeziehen.¹¹⁹ Das ist problematisch, da sechs von zehn Transgender-Menschen vermeiden, sich in öffentlichen Verkehrsmitteln zu zeigen.¹²⁰ Dies gilt auch für andere Strategien, wie die Verordnung zu CO₂-Standards für Kfz oder das transeuropäische Verkehrsnetz, die geschlechterblind sind und ebenso von einer geschlechtsspezifischen Analyse profitieren würden.¹²¹

KLIMA- UND GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT IN DER VERKEHRSPOLITIK ERREICHEN

Die Verkehrssysteme der EU sind weder nachhaltig noch sozial gerecht. Die SSMS ist zu schwach, um das Steuerherumzureißen. Ambitioniertere und grundlegendere strukturelle Veränderungen werden benötigt. Es müssen stärkere Anstrengungen unternommen werden, um die Rechte und Bedürfnisse von Frauen und schutzbedürftigen Gruppen umfassend einzubeziehen. Es braucht spezielle Maßnahmen zur Bekämpfung der Hauptursachen, um Männlichkeit als dominierende Norm im Verkehrssektor zu hinterfragen. Untersuchungen haben gezeigt, dass das Verkehrsverhalten von Frauen klimafreundlicher ist.¹²² Zugleich bedenken Frauen unabhängig von ihrer Einkommenshöhe Aspekte von Nachhaltigkeit bei Entscheidungen eher mit.¹²³ Nachhaltige Verkehrsmittel müssen für Frauen attraktiv gemacht werden, so dass sie nicht zu klimaschädlichen wechseln, wie auch für Männer, damit sie nachhaltigere Alternativen wählen.

EMPFEHLUNGEN

Strategie zu nachhaltiger und intelligenter Mobilität:

- Eine massive Ausweitung des ÖPNV-Sektors mit gerechten, bezahlbaren, sicheren und zugänglichen Mobilitätsdienstleistungen, von denen alle profitieren, mit besonderer Rücksicht auf Frauen, rassifizierte, Trans- und nicht-binäre Menschen wie auch Menschen mit Behinderungen.
- Das Prinzip der Suffizienz, d. h. des rechten Maßes, auf Mobilität anwenden, indem der Bedarf für Mobilität und Pendeln gesenkt wird. Dies könnte beispielsweise durch die Schaffung von Nah-Städten geschehen, in denen alle Dienstleistungen und alles, was benötigt wird, in einem Umkreis eines 15-Minuten Fußwegs erreichbar sind. Die Förderung von verschmutzenden Verkehrsbereichen insgesamt hin zu saubereren und öffentlichen Mobilitätslösungen bringen; Subventionen und öffentliche Investitionen für umweltverschmutzende Bereiche verbieten wie etwa Steuersenkungen für Flugbenzin, Investitionen in den Flughafen- und Autobahnausbau.
- Strategien fördern, die es attraktiver und einfacher machen, von privaten Verkehrsmitteln auf günstigere und sauberere Mobilitätsalternativen zu wechseln, wie kostengünstige oder Gratis-Abonnements für öffentliche Verkehrsmittel und spezielle Tarife für Zielgruppen, ein verbessertes Angebot (z. B. ein größeres Angebot außerhalb der Stoßzeiten), eine sicherere Fahrradwegeinfrastruktur; verbesserter Zugang, höhere Sicherheit und größerer Komfort mit besonderem Augenmerk auf Geschlechterfragen sowie schutzbedürftige Menschen (z. B. Beleuchtung, Personal, Sensibilisierungskampagnen über geschlechtsspezifische Gewalt oder Rassismus, wo gewünscht auch Frauenabteile).
- Die öffentlichen Verkehrsmittel auf den Bedarf von Eltern mit Kindern (die aufgrund immer noch bestehender Geschlechterrollen vor allem Mütter, weibliche Verwandte und Erzieherinnen sind), auf Menschen mit Behinderungen und auf nicht-binäre Menschen ausrichten (z. B. funktionierende Aufzüge und ausreichend Platz für Buggys in den Verkehrsmitteln; gender-neutrale, saubere und sichere Sanitäranlagen).
- Eindeutige Kriterien einführen, die die Interessen und Bedürfnisse von Frauen und schutzbedürftigen Gruppen als Nutzer*innen und Arbeitskräfte sowie Umweltbelange widerspiegeln, bei der Überarbeitung

von Regeln für staatliche Beihilfen und Gemeinwohlverpflichtungen.

- Frauen als aktive Akteurinnen des Wandels fördern, Frauen und schutzbedürftige Gruppen in Verhandlungen, Planung und Strategieentwicklung einbeziehen; den sozialen Dialog und Kollektivverhandlungen stärken, um Diskriminierung und ungleiche Behandlung zu beenden.¹²⁴

Das Paket zur Mobilität in der Stadt

- Bei der Überarbeitung des Pakets zur Mobilität in der Stadt sollte besonderes Augenmerk auf Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion gelegt werden; klarere Richtlinien sollten für EU-Mitgliedsstaaten dazu entwickelt werden, wie gender- und inklusionsspezifische Dimensionen auf lokaler und regionaler Ebene in das Mobilitätsmanagement einbezogen werden können (dazu gehört die Stadtplanung und die Verbindung zwischen Stadt und Land).
- Auf EU-, nationaler und lokaler Ebene verbindliche Ziele für öffentliche und aktive Verkehrsmittel (wie Fahrradfahren) einführen.
- Bei der Einführung neuer Mobilitätsdienstleistungen und *Mobility-as-a-Service*-Plattformen besonders auf Überlegungen zu Gender und Inklusion achten.¹²⁵
- Mit Blick auf die Stadtmobilitätspläne (SUMP): Diese verpflichtend für alle Orte mit mehr als 10 000 Einwohner*innen einführen; bei der Ausarbeitung und Entwicklung von Plänen eine obligatorische, transparente und offene Beteiligung der Bewohner*innen in all ihrer Vielfalt, der zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Gewerkschaften und des sozialen Dialogs gewährleisten; die Finanzierung an SUMP knüpfen und den Zugang zu Förderung von Stadtmobilität an die Existenz von inklusiven SUMP binden, Auflagen einführen, die am 1,5-Grad-Celsius-Ziel sowie Gender und Inklusion ausgerichtet sein müssen.

2.3 LANDWIRTSCHAFT, NATUR UND ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Die Landwirtschaft ist nicht nur Schlüsselsektor, um gesunde Ernährung für alle zu garantieren, sondern auch um soziale, ökonomische und Umweltgerechtigkeit in der EU und weltweit zu gewährleisten. Agrarwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion haben starke Auswirkungen auf den Klimawandel, die biologische Vielfalt und Umweltverschmutzung.

22 Millionen Erwerbstätige arbeiten in den EU-Mitgliedsstaaten in der Landwirtschaft; insgesamt bietet die ländliche Ökonomie nahezu 40 Millionen Arbeitsplätze.¹²⁶ Zugleich sind 13 Millionen Menschen in der EU von moderater und akuter Ernährungsunsicherheit bedroht, wobei der Trend sich seit 2015 verstärkt. Am stärksten betroffen sind Frauen, Kinder und marginalisierte Gruppen.¹²⁷ Der Sektor hat inhärente Auswirkungen auf die soziale und geschlechtsspezifische Gleichstellung.

Die EU hat ein Netz an Strategien entwickelt, die für ländliche Regionen, Landwirtschaft und die Nahrungsmittelproduktion, den Naturschutz und die biologische Vielfalt sowie die Gleichstellung relevant sind, die alle in diese Analyse einfließen. Im EGD enthaltene Maßnahmen sind etwa das Klimagesetz,¹²⁸ die Biodiversitätsstrategie, die Strategie »Vom Hof auf den Tisch«, der Renaturierungsplan, die überarbeitete Verordnung über Lastenteilung und Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft¹²⁹ und der Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft. Zusätzlich zum EGD, der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und der Gemeinsamen Fischereipolitik regulieren Sorgfaltspflichtvorschriften und andere Strategien den Sektor.

Mit ihrer allgemeinen Herangehensweise, Höfe nach Betriebsgröße zu unterstützen, war die EU-Agrarpolitik seit Generationen hauptsächlich auf intensive und großflächige Landwirtschaft und die Konzentration der Betriebe ausgerichtet.¹³⁰ Die Politik förderte auch die Nutzung schädlicher Chemikalien wie Düngemittel und Pestizide. Im aktuellen System tendiert auch Bio-Landwirtschaft dazu, profitabler zu sein, wenn die Betriebe groß sind, schwere Gerätschaften und Maschinen eingesetzt werden und es große Erträge gibt.¹³¹ Das derzeitige System benötigt viele gering bezahlte, flexible Saisonarbeiter*innen. Aufgrund des hohen Kostendrucks auf die Produktionsbetriebe, sind Ausbeutung und Missbrauch weit verbreitet, was die Sozial- und Arbeitsstandards der EU untergräbt.¹³² Hinzu kommt, dass Gender weder auf proaktive noch auf progressive Art in der GAP und damit verbundenen Strategien vorkommt: Gleichstellung und die intersektionalen Dimensionen werden eher beiläufig oder gar nicht erwähnt.

Zu diesem Versagen, nachhaltige Lebensgrundlagen vor allem für kleine und Familienhöfe und besonders für Bäuerinnen wie auch für landwirtschaftliche Arbeit allgemein zu gewährleisten, gibt es eine Mittäterschaft der GAP an der durch nicht nachhaltige Landwirtschaft hervorgerufenen Umweltzerstörung. Intensive Landwirtschaft ist einer der größten Treiber des Artensterbens und bringt 15 Prozent aller Klimaemissionen Europas hervor. Pestizide verursachen die weitreichende Verseuchung von Ackerland. Fruchtbare Boden auf mehr als 10 Prozent der Landfläche Europas geht

wesentlich schneller verloren, als er sich neu bilden kann, was die Produktion jährlich um schätzungsweise 1,24 Milliarden Euro senkt.¹³³ Eine alternative Vision eines europäischen Ernährungssystems würde nachhaltige Landwirtschaft vorantreiben, die ausreichend und nährstoffreiche Nahrung für alle produzieren kann, die Pflanzenwelt, Nutztiere und die biologische Vielfalt achtet und zur Eindämmung des Klimawandels beiträgt. Sie würde eine Produktionsart etablieren, welche die Menschen hinter Herstellung und Konsum näher zusammenbringt anstatt sie zu trennen.

DIE ÖKONOMISCHE UND SOZIALE SITUATION DES LÄNDLICHEN EUROPAS

Europaweit stehen ländliche Gegenden Herausforderungen gegenüber, u. a. in den Bereichen allgemeine Beschäftigung, Mobilität, Anbindung an Internet und den Zugang zu höherer Bildung. Ländliche Einkommen und insbesondere landwirtschaftliche Pro-Kopf-Einkommen sind jeweils mit die niedrigsten.¹³⁴ Daten zu bäuerlichen Einkommen sind lückenhaft, aber die Unterschiede bei der Produktivität und das Lohngefälle zwischen großen und kleinen Höfen sind markant.¹³⁵ Das Geschlechtergefälle, das in allen Branchen vorherrscht, ist in den EU-Mitgliedsstaaten beträchtlich in Bezug auf Beschäftigung, Bezahlung (oder Einkommen) und Lebenseinkommen wie auch auf die Zeit, die für Sorgearbeit aufgewendet wird, sowie auf Renten. Wie bereits dargelegt, sind all diese Geschlechtergefälle intersektional mit sozialen Ausschlussmechanismen verbunden, die auf Klasse, Ethnizität, sexueller Orientierung, Leben mit einer Behinderung, dem Status als geflüchtete oder migrantische Person und vielen anderen beruhen. Diese Themen sind vor allem in ländlichen Gegenden stark vertreten. Beispielsweise nehmen Frauen auf dem Land eher Teilzeitjobs an,¹³⁶ und daher üben viele Frauen prekäre Arbeit wie etwa als Saisonkräfte aus. Laut der Europäischen Kommission »spielen [Frauen] eine »unsichtbare Rolle« in der ländlichen Gesellschaft (z. B. mitarbeitende Ehefrauen), wodurch sie in prekäre Situationen geraten können (z. B. in manchen Fällen fehlender Zugang zu Sozialschutz oder Leistungen bei Mutterschaft)«. ¹³⁷

In den EU-Mitgliedsstaaten ist der tatsächliche Anteil von Frauen in der Landwirtschaft nicht offen sichtbar, da die meisten Betriebe in der EU in Familienhand sind und Frauen normalerweise nicht als Besitzerinnen oder Geschäftsführerinnen geführt werden. Statistisch leiten Frauen bis zu 28 Prozent der Betriebe, wobei sie 45 Prozent der Höfe in Lettland und Litauen managen und 30 Prozent in Rumänien, Estland und Italien. Doch nur 4 Prozent dieser Bäuerinnen sind jünger als 35, 42 Prozent sind über 65 (im Gegensatz zu 29 Prozent bei den Männern), so dass das Geschlechter- und

Altersgefälle beim Hofbesitz sich in den kommenden Jahren voraussichtlich noch vergrößern wird.¹³⁸

Frauen als Hofbesitzerinnen haben wesentlich kleinere Betriebe im Hinblick auf die bewirtschaftete Fläche und den Ertrag als Männer und sie spezialisieren sich häufig nicht.¹³⁹ Von Frauen geleitete Betriebe haben eine um fast 40 Prozent geringere Nettowertschöpfung pro Arbeitseinheit als jene von Männern.¹⁴⁰ In Irland erwirtschaften Frauen nur 69 Prozent der Erträge die Männer erwirtschaften, in einem Sektor, in dem die Erträge insgesamt die niedrigsten der gesamten Wirtschaft darstellen.¹⁴¹

Frauen sind dennoch die wichtigsten Arbeitskräfte in der Landwirtschaft.¹⁴² Sie machen 53 Prozent der gesamten Teilzeitarbeitskräfte in der Landwirtschaft aus. Familienarbeit ist häufig unbezahlt.¹⁴³ Familienarbeitskräfte erhalten kein eigenes Einkommen noch haben sie Anspruch auf soziale Absicherung oder Eigentumsansprüche auf das Land oder den Hof.¹⁴⁴ Auch durch die Prämienpläne der EU werden sie ungleich mehr benachteiligt.¹⁴⁵

Trotz dieser Geschlechtergefälle zum Nachteil der Frauen wird ihre Rolle in der Landwirtschaft als dynamisch und ökologisch zukunftsweisend dargestellt. Wie die Europäische Kommission es darlegt: »Gleichzeitig tragen Frauen wesentlich zu Wohlstand und sozialer Inklusion in ländlichen Gebieten bei, insbesondere durch Unternehmertum.«¹⁴⁶ Sie sind auch die treibende Kraft von ökologischer Landwirtschaft: Während 2013 beispielsweise nur 2 Prozent aller Betriebe Biohöfe waren, machten von Frauen geführte 24 Prozent aller Bio-Betriebe aus.¹⁴⁷

Obwohl ausreichend Daten vorliegen und trotz der Anerkennung eines deutlichen Geschlechtergefälles¹⁴⁸ sowie der potenziellen Rolle von Frauen haben diese Erkenntnisse und Fakten die EU-Agrarpolitik kaum beeinflusst.

GENDER, DIE GEMEINSAME AGRARPOLITIK UND DAZUGEHÖRIGE EU-STRATEGIEN

Die neue GAP tritt 2023 in Kraft.¹⁴⁹ Sie hat neun formulierte Ziele: ein gerechtes Einkommen für Landwirt*innen zu sichern, den Wettbewerb zu steigern, die Macht in der Ernährungskette wieder ins Gleichgewicht zu bringen, einen Klimaschutz-Aktionsplan, Umweltpflege, den Erhalt von Landschaften und biologischer Vielfalt, den Generationswechsel zu unterstützen, lebendige ländliche Räume und Schutz der Lebensmittel- und Gesundheitsqualität. Sie beinhaltet Bestimmungen zu sozialen und »grünen« Bedingungen sowie dazu, den Platz von Landwirt*innen in der Nahrungsversorgungskette zu verbessern.¹⁵⁰

Hinsichtlich des Umweltschutzes fördert die GAP 2021–2027 Höfe mit einer Einkommensunterstützung von 25 Prozent für Maßnahmen zu Umwelt- und Klimawandel. Dies wurde als zu gering kritisiert, um die Klimakrise und den Verlust der Artenvielfalt zu stoppen, während die konkret angewandten Maßnahmen im Ermessen der EU-Mitgliedsstaaten liegen. Für eine Transformation des bestehenden Nahrungssystems müsste die GAP grundsätzlich zum Vorteil von kleineren, biologisch vielfältigen und ökologischen Betrieben geändert werden.

Hinsichtlich der Sozialpolitik müssen die durch die GAP Begünstigten bestimmte europäische Sozial- und Arbeitsstandards einhalten, um GAP-Förderungen zu erhalten. Eine Maßnahme zur Verteilung von Einkommen – wie die Deckelung von Zahlungen an einzelne Betriebe – und die Unterstützung für junge Landwirt*innen (unter 40) sind auch Teil der GAP.¹⁵¹ Während jedoch die EU-Sozial- und Arbeitsgesetzgebung Ziele zur Gleichstellung beinhaltet, werden diese nicht explizit in der GAP, so wie sie heute besteht, erwähnt.

Die neue GAP trägt zu den Zielen der Strategie »Vom Hof auf den Tisch« und anderen Strategien bei.¹⁵² Die Strategie »Vom Hof auf den Tisch« zitiert die in der europäischen Säule sozialer Rechte verankerten Grundsätze und spricht direkt die Situation von prekärer, saisonaler und nicht angemeldeter Beschäftigung an. Sie bleibt jedoch geschlechterblind und geht nicht auf den hinreichend belegten Umstand ein, dass diese prekäre Arbeit Frauen auf dem Land und besonders Frauen ethnischer Minderheiten betrifft.

Hinsichtlich der Integration von Landwirtschaftspolitik in die Politik zu ökologischer und Klimagerechtigkeit, zählt die Strategie »Vom Hof auf den Tisch«¹⁵³ Ziele wie die Steigerung ökologischer Landwirtschaft, den Verlust der Artenvielfalt umzukehren, die Lebensmittelverschwendung einzudämmen und die Abhängigkeit von Pestiziden, antimikrobiellen Substanzen und übermäßige Düngung zu verringern. Es wird ein Verhaltenskodex für verantwortungsvoll Geschäfts- und Marketingpraktiken vorgeschlagen, die von einem Konzept zur Kontrolle der Umsetzung begleitet werden. Ferner werden konkrete Vorschläge gemacht, wie die Unterstützung von Land- und Forstwirt*innen bei der CO₂-Abscheidung.

Der größte Schwachpunkt ist jedoch, dass der Zugang zu Ernährung nicht als Anliegen dargelegt wird, trotz der großen und wachsenden Ungleichheiten zwischen den EU-Mitgliedsstaaten. Es würde einen integrierten Ansatz zu Nahrungssicherheit brauchen mit dem Ziel eines gleichberechtigten Zugangs zu vollwertigen Lebensmitteln für alle. Wie in den Bereichen Energie und Verkehr ist Nahrung eine Frage von Einkommen, Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit.

Wenn Bio-Landwirtschaft, Artenvielfalt und Außeneffekte wirklich in den Marktpreis von Lebensmitteln eingespeist werden, dann braucht es wesentlich stärkere Maßnahmen auf zwei Ebenen: Erstens muss die Lebensmittelverschwendung aufhören und der Konsum von tierischen Produkten reduziert werden, um Land für eine weniger intensive Produktion zu gewinnen, und zweitens müssen die Einkommen der niedrigsten Einkommensgruppen erhöht werden. Wie ein Biolandwirt erläutert: Es gibt eine geringfügig größere Gewinnspanne auf dem Nischenmarkt für grüne Lebensmittel, da weniger kostenintensive agrochemische oder andere Mittel für den Betrieb gebraucht werden, aber der Ertrag auch niedriger ist. Diese Art der Landwirtschaft ist auch arbeitsintensiver, so dass der Zwischenhandel höhere Preise zahlen müsste, wie auch die Endverbraucher*innen, wenn Betriebe eine angemessene Gewinnspanne erhalten sollen. Dieses Modell könnte die Lebensmittelverschwendung verringern und zugleich müssten weniger Landwirt*innen ihre Betriebe aufgeben.¹⁵⁴ Dies wird von der zirkulären und solidarischen Landwirtschaftsbewegung angestrebt.¹⁵⁵ Wie der Biolandwirt betont: Konsument*innen müssen die Komplexität von Landwirtschaft verstehen. Das würde sie dazu bringen, für Lebensmittel und andere landwirtschaftliche Produkte mehr auszugeben, aber dieses Wissen ist in den letzten Jahrzehnten verloren gegangen. Und es bräuchte insgesamt mehr Freizeit, so dass Verbraucher*innen sich stärker persönlich an Biolandwirtschaft beteiligen könnten, nur dann könnten kleine Biobetriebe, die im Einklang mit der Natur und nicht selbstausbeutend arbeiten, in jeder Hinsicht nachhaltig werden.¹⁵⁶

Tatsächlich durchdringt die Erkenntnis, dass Fragen der Gleichstellung auf sozialer und Geschlechterebene zentral sind, keine der hier untersuchten Vorhaben und Strategien. In der Strategie »Vom Hof auf den Tisch«¹⁵⁷ gibt es einen einzigen Hinweis auf die Gleichstellung der Geschlechter.¹⁵⁸ Und das obwohl die sozialen Dimensionen von Landwirtschaft und Nahrungsmittelmaßnahmen erkannt werden und unter Missachtung der Tatsache, dass eine ganze Reihe von Ländern in der EU und darüber hinaus die Rolle der Frauen als entscheidend für Biodiversitätsmaßnahmen ansehen.¹⁵⁹ Laut eines Kabinettsmitglieds des Kommissars für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung¹⁶⁰ ist der Grund dafür, dass die Kommissare noch neu im Amt waren und weil es Zeit braucht, um eine Einheitlichkeit der Strategien in der Kommission herzustellen.

Mit der neuen GAP verlagert die Europäische Kommission die Verantwortung für Bestrebungen nach und Verpflichtung zur Gleichstellung zurück in die EU-Mitgliedsstaaten. Die Gleichstellung und damit auch die Teilhabe von Frauen in der Landwirtschaft wird als konkretes Ziel in den strategischen Maßnahmen zur GAP festgelegt. »Die Mitgliedsstaaten

sollen die Situation von Frauen untersuchen und sich mit dieser befassen sowie angemessene Maßnahmen für die herausgearbeiteten Bedürfnisse gestalten.«¹⁶¹ Die Entwicklung dieser strategischen Maßnahmen wird jedem Staat selbst überlassen.¹⁶² Die Europäische Kommission scheint auch ihre Maßnahmen zur Gleichstellung herunterzufahren, indem sie beispielsweise auf »Leitinitiativen« verweist, um einigen der Herausforderungen zu begegnen, anstatt sie fest in den politischen Leitlinien zu verankern. Ihre langfristige Vision für die ländlichen Gebiete in der EU (2021) enthält einen (kurzen) Abschnitt zu sozialer Widerstandsfähigkeit und Frauen in ländlichen Gebieten.¹⁶³ Doch viele der EU-Strategien bleiben freiwillig und damit dem Ermessen der Mitgliedsstaaten anheimgestellt und sind dadurch nicht einklagbar, weshalb ihnen die nötige Durchsetzungskraft fehlt.

AUSBLICK

Was bedeutet dieses mangelnde Engagement für die zentrale Bedeutung der Gleichstellung auf ökologischer, sozialer Ebene und der Geschlechter in der Agrarpolitik? Damit sich beim neuen GAP und anderen ländlichen und Klimastrategien eine Verschiebung in Richtung einer sozialen, geschlechter- und ökologisch gerechter Transformation anbahnt, muss der Anstoß zur Gleichstellung von fortschrittlichen Landwirt*innen und der Zivilgesellschaft kommen. Wie es ein Regierungsvertreter eines EU-Mitgliedstaates formulierte: »In der Mehrzahl profitieren Männer von der GAP – wie können wir das ändern? Wir brauchen Fördermaßnahmen, die viele Mitgliedstaaten nicht gut finden. Warum gibt es keine Richtlinien in der GAP, um Gendermainstreaming einzuführen? Und wir brauchen auch eine nachträgliche Analyse, um Geschlechtergerechtigkeit zu messen und zu stärken. Dafür brauchen wir eine kritische Masse von Frauen und Menschen, die die Gleichstellung in allen EU-Prozessen vorantreiben.«¹⁶⁴

EMPFEHLUNGEN:

- Einen oberen Grenzwert für die Zahlung von Subventionen (z. B. 60 000 Euro pro Hof) einführen, so dass ein Großteil der Fördergelder auf die mittleren und kleinen Familienbetriebe umverteilt wird.¹⁶⁵
- Verpflichtende soziale und geschlechtergerechte Auflagen in die GAP einbeziehen, um unsichtbar gemachte Frauen und nicht dokumentierte Arbeitskräfte zu unterstützen und ein stabileres und nachhaltigeres Landwirtschaftssystem aufzubauen. Die direkten GAP-Zahlungen müssen den vorliegenden Arbeits- und Anstellungsbedingungen in den geltenden gemeinsamen Verträgen, nationalem und EU-Recht wie auch den ILO- und UN-Konventionen entsprechen.¹⁶⁶ Diese Bedingungen müssen einklagbar sein.
- Jungen Menschen, Frauen und ländlichen Unternehmerinnen sowie landwirtschaftlichen Arbeitskräften in agro-ökologischer Landwirtschaft, und besonders in der Bio-Landwirtschaft, engagierte Unterstützung garantieren – Arbeitskräfte, technische und finanzielle Mittel – und diese vergrößern.
- Nahrungssicherheit für alle gewährleisten, indem gerechte Preise für landwirtschaftliche Arbeit und gerechte Einkommen für Konsument*innen sichergestellt werden sowie durch die Förderung von Biolandwirtschaft.
- Technische und finanzielle Unterstützung sowie Steueranreize für *Prosumer*-Initiativen geben.
- Sicherstellen, dass sowohl Bio- als auch agrarökologische Landwirtschaft sowie die Ziele und Verpflichtungen zur Gleichstellung etabliert und in die Programme aller Ministerien aufgenommen werden, sowohl bei denen, die es direkt betrifft, als auch bei den anderen Ministerien, die sich auf die Ergebnisse der Politik auswirken.
- Sicherstellen, dass die fortschrittliche Zivilgesellschaft, die Landwirt*innen, ländliche Arbeitskräfte, Verbraucher*innen, Aktivist*innen für Klima, Gender und Umwelt aller Generationen vertritt, in die Lage gebracht wird, sich in Agrar-, ländlicher Ökonomie-, Natur- und Klimapolitik auf Ebene der EU und der Mitgliedsstaaten für die Geschlechtergerechtigkeit einzusetzen.

2.4 DER SOZIALE KLIMAFONDS

Die Europäische Kommission hat als Teil des »Fit für 55«-Gesetzespakets den sozialen Klimafonds angeregt.¹⁶⁷ Der Fonds hat zum Ziel, die negativen Auswirkungen von gestiegenen Verbraucherpreisen für Heizung und Benzin auszugleichen sowie Investitionen zu unterstützen. Er sieht für die Förderperiode 2025–2032 72,2 Milliarden Euro vor, die durch nationale Beiträge auf 144,4 Milliarden Euro verdoppelt wird. Er finanziert sich teilweise durch EU-Töpfe (Einnahmen durch die Ausweitung des Emissionshandels tragen etwa zu 25 Prozent bei) und wird durch nationale Einnahmen ergänzt. Jeder EU-Mitgliedstaat muss einen sozialen Klimaplan einreichen, zusammen mit einem aktualisierten nationalen Energie- und Klimaplan. Energiearmut wird ebenso

anerkannt wie die Tatsache, dass Frauen ungleich stärker durch CO₂-Preise betroffen sind.¹⁶⁸

Kohlenstofffreiheit vor allem bei Straßenverkehr und Gebäuden wird zu höheren Verbrauchspreisen führen, während es noch keine bezahlbaren und vorhandenen Alternativen gibt. Höhere CO₂-Preise haben ungleich stärkere Auswirkungen auf Haushalte mit niedrigem Einkommen, bei denen von Frauen, Rentner*innen und Alleinerziehenden geführte Haushalte überdurchschnittlich stark vertreten sind. Die Kosten für Heizung und Benzin nehmen einen größeren Teil des verfügbaren Haushaltseinkommens dieser Menschen ein, während sie nicht die Mittel für dringende Investitionen in kohlenstoffarme Produkte wie Elektroautos, Solarzellen oder geothermische Heizungsanlagen haben, die später niedrigere Betriebskosten bedeuten. Die CO₂-Preise haben auch noch weitere negative Auswirkungen, wenn sie aus Genderperspektive untersucht werden. So kann Sorgearbeit zum Beispiel aufgrund der längeren Zeiten zu Haus für höhere Heizkosten sorgen. Fahrten zur Kinder- und Verwandtenbetreuung, wie Kinder zur Schule bringen und abholen, werden teurer, während (längere) Fahrten zur Arbeit häufig erstattet werden.¹⁶⁹ Eine intersektionale Perspektive würde wahrscheinlich zeigen, dass andere schutzbedürftige Gruppen wie LGBTIQ+ und BiPoc ungleich stärkere Auswirkungen durch die CO₂-Preise erfahren (wie auch für Energiearmut gezeigt wurde¹⁷⁰), aber das ist aufgrund des Mangels an Daten schwer nachzuweisen.

Der Soziale Klimafonds ist ein wichtiges und notwendiges Instrument. In seiner aktuellen Form haben jedoch Kämpfer*innen für soziale Gerechtigkeit betont, dass es nicht zufriedenstellend ist, da es keinen effektiven und gerechten Kompensationsmechanismus beinhaltet. Der gerechte Übergang muss unterschiedliche Ungleichheiten in sehr unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen der EU-27 angehen,¹⁷¹ was der aktuelle Soziale Klimafonds nicht leistet. Denn zunächst ist es nicht sicher, ob die Fördersumme ausreicht, um die gewünschte Wirkung zu erreichen. Nur 25 Prozent der Einnahmen durch den Emissionshandel II werden in die Umverteilung gehen, nicht alles wird umgelegt.¹⁷² Darüber hinaus soll nur ein Teil des Fonds in den sozialen Ausgleich fließen. Der Fonds wird auch Anreize für Elektrofahrzeuge, für Investitionen in die Ladestationen-Infrastruktur und die Dekarbonisierung von Gebäuden schaffen. Auch wenn diese Investitionen nötig sind, hinterfragt der Europäische Gewerkschaftsbund, ob Haushalte mit niedrigem Einkommen von diesen Maßnahmen profitieren oder ob diese Investitionen wohlhabende Haushalte begünstigen (und daher keine sozialen Maßnahmen darstellen).

Der Soziale Klimafonds erwähnt Gender, aber beschäftigt sich nicht mit den Ursachen von Energie- und Brennstoffar-

mut und auch nicht, warum Frauen übermäßig stark davon betroffen sind. Angesichts der höheren Brennstoffarmut von Frauen sollte der Fonds mit konkreten Zielen und Maßnahmen für Frauen verbunden sein. Wie im Abschnitt Verkehrswesen dargelegt profitieren Männer stärker von Investitionen in Elektrofahrzeuge als Frauen, die häufiger öffentliche Verkehrsmittel nutzen und daher beispielsweise stärker von niedrigeren Preisen oder sogar Gratis-ÖPNV profitieren würden. Schlussendlich geht der Fonds nicht über eine temporäre finanzielle Kompensation als Antwort hinaus. Das darunterliegende Problem ist die beständige Ungleichheit: Trotz kleiner wirtschaftlicher Fortschritte gibt es viele Haushalte mit niedrigem Einkommen, wachsende Zahlen von erwerbstätigen Armen und wachsende Einkommens- und Wohlstandsunterschiede. Ein gerechter Übergang muss daher mit größeren Umverteilungsmaßnahmen in der Gesellschaft einhergehen, beispielsweise durch wesentliche Steuerreformen, höhere Mindestlöhne und Regulierungen zu menschwürdiger Arbeit in Sektoren mit sehr vielen Arbeitnehmerinnen wie im Pflegebereich, sowie eine finanzielle Anerkennung von unbezahlter Sorgearbeit etwa durch ein Rentensystem und stärkere Maßnahmen zur sozialen Absicherung.¹⁷³

2.5 HORIZONTALE EMPFEHLUNGEN

Es gibt zusätzlich zur Analyse der einzelnen Branchen allgemeine Empfehlungen, die darauf abzielen, eine geschlechtergerechte Umsetzung des EGD zu erreichen. Wir empfehlen dabei insbesondere die folgenden Maßnahmen:

- Die existierenden Normen, die die Gleichstellung behindern, infrage zu stellen, z. B. durch Kampagnen, Sensibilisierung politischer Entscheidungsträger*innen oder stärkerer Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für Frauen- und Gleichstellungsthemen sowie die am stärksten klimaa- und umweltrelevanten Bereiche wie Verkehr, Energie und Landwirtschaft einsetzen.
- Die Verpflichtungen der EU-Strategie zur Gleichstellung, der Nachhaltigen Entwicklungsziele, des UNFCCC Gender Action Plans und der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen in die politische Gestaltung des *European Green Deal* einzubinden wie auch in alle mit Umwelt und Klima verbundenen Strategien und Gesetze.
- Soziale und genderbezogene Gleichstellung explizit und verpflichtend als Bedingung in alle Strategien einzuführen zusammen mit der verpflichtenden Überprüfung von sozialen und geschlechtsspezifischen

Auswirkungen in allen Überarbeitungen und Zusätzen bereits existierender Strategien und Maßnahmen.

- Instrumente auf der Ebene der Europäischen Kommission einzuführen zur Kontrolle der Gleichstellung mit Hilfe eines Richtwerts mit vereinbarten Indikatoren in allen wichtigen Politikbereichen einzuführen.
- Nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten sammeln mit einer intersektionalen Perspektive auf alle Politikbereiche.
- Systematisches *Gender Budgeting* einzuführen, die Vergabe von Förderungen und ihre Auswirkungen auf die Gleichstellung sichtbar zu machen und Gleichstellung durch gezielte Zuweisung der Gelder zu verbessern.
- Ausgewogene Vertretung aller Geschlechter in allen Verhandlungen und bei Entscheidungsfindungen in den am meisten klimarelevanten Sektoren wie Verkehr, Energie, Bau- und Landwirtschaft zu institutionalisieren und zu erleichtern, z. B. durch Quotenregelungen und Ziele für öffentliche und private Entscheidungsgremien.
- Sicherstellen, dass die Zivilgesellschaft als Vertreterin der Arbeitskräfte, Verbraucher*innen, Klima- und Umweltaktivist*innen wie auch Kämpfer*innen für die Gleichstellung aller Generationen in all ihrer Vielfalt in die Lage gebracht wird, sich im Hinblick auf die Politik in den Feldern Landwirtschaft, Verkehr, Energiewende, Beschäftigungspraktiken, ländliche Ökonomie, Naturschutz und Klimapolitik in allen EU-Mitgliedsstaaten und auf europäischer Ebene für die Geschlechter- und Umweltgerechtigkeit einsetzen wird.
- Sich mit geschlechtsspezifischen ökonomischen Ungleichheiten zu beschäftigen, die zu einem Lohn- und Rentengefälle führen, mit dem Ziele diese zu verringern, um Frauen eine bessere Bewältigung der Klimakrise zu ermöglichen (z. B. bei Energiearmut).
 - = Die Diversifizierung der Arbeitskräfte aktiv voranzutreiben, um Frauen in all ihrer Vielfalt einen Zugang zu diesen Sektoren zu ermöglichen, z. B. durch eine bessere Work-Life-Balance, eine Null-Toleranz-Politik gegen sexuelle Belästigung und die Verbesserung von Arbeits-, Sicherheits- und Gesundheitsbedingungen.
 - = Die Umverteilung von unbezahlter Sorgearbeit in der Gesellschaft zu fördern, um die »Betreuungsfalle« zu vermeiden.

3

FAZIT

Der EGD deckt sich nicht mit den Strategien zur Gleichstellung der Geschlechter in der Kommission Von der Leyen. Viele der neuen Strategien und Gesetze, die im Rahmen des EGD vorgelegt wurden, sind entweder komplett geschlechterblind oder sie fußen nicht ausreichend auf einer geschlechtsspezifischen Analyse. Auch wenn Unterschiede zwischen den Geschlechtern gesehen werden, gehen die Strategien in der Regel nicht ausreichend auf diese ein. Dieser Bericht empfiehlt daher, den EGD neu zu denken und die Gleichstellung in alle Schritte der Politikgestaltung und ihrer Umsetzung einzubeziehen. Dazu gehört eine Neuausrichtung des EGD weg von einer Strategie des »grünen« Wachstums, die immer noch auf ein wachsendes BSP abzielt, hin zu einem neuen Wirtschaftsmodell, das Wirtschaft auch im Hinblick auf die ökologischen und sozialen Leistungen misst und die unbezahlte und systematisch unterbezahlte Sorgearbeit, die von Frauen in all ihrer Vielfalt geleistet wird, wertschätzt. Wir fordern, dass die Sorgearbeit als nachhaltige Arbeit anerkannt wird und dass die EU ihr Konzept von Nachhaltigkeit über die Bereiche Energie, digitale Technologien, Bauwesen und Landwirtschaft, in denen es besonders markante Geschlechtersegregation gibt, hinaus erweitert. Dieser Bericht empfiehlt den Übergang zu einer Gemeinwohlökonomie mit einem Fokus auf Gerechtigkeit im Bereich Wirtschaft, Umwelt, intergenerationale Belange, Klasse und Geschlecht. Klimapolitik sollte nicht geschlechterblind, sondern vielmehr transformativ und geschlechtergerecht sein. Ihre Grundlage sollten nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten sein und sie sollte aktiv danach streben, soziale Ungerechtigkeiten zu beseitigen, anstatt diese zu verstetigen. Richtig angewendet könnte eine Geschlechteranalyse des sozialen Klimafonds der EU sehr nützlich sein, wie schon im vorangegangenen Abschnitt beschrieben wurde.

Um konkrete Beispiele und Empfehlungen zu geben, wie der EGD neu gedacht werden kann, um Gleichstellung zu gewährleisten und die Klima- und Umweltziele zu erreichen, nutzte dieser Bericht eine ökofeministische Perspektive zur Analyse von Lücken in drei Hauptbereichen: Energie, Verkehr und Landwirtschaft. Diese Bereiche wurden gewählt, da sie signifikant zu den CO₂-Emissionen beitragen und zugleich wichtige geschlechtsspezifische Auswirkungen haben, die bisher nicht genügend Beachtung fanden. Für all diese unterschiedlichen Bereiche sprechen wir uns für die Erhebung

von nach Geschlecht aufgeschlüsselten Daten als höchste Priorität aus. Wir schlagen eine Verringerung von Geschlechtersegregation bei der Beschäftigung und eine höhere Zahl von Frauen in Entscheidungspositionen vor – in Verbindung mit Maßnahmen, die die Lebenserfahrungen von Frauen und Mädchen in all ihrer Vielfalt berücksichtigen, um die androzentrische Ausrichtung zu überwinden.

Quellen

- 1 Damian Carrington (2021): **Men cause more climate emissions than women, study finds**, in: *the Guardian* (21.7.2021).
- 2 Janet K. Swim, Ashley J. Gillis und Kaitlynn J. Mamaty (2020): **Gender Bending and Gender Conformity: The Social Consequences of Engaging in Feminine and Masculine Pro-Environmental Behaviors**. *Sex Roles*, Vol. 82, pp. 363–385.
- 3 UN-Generalversammlung (2015): **Resolution adopted by the General Assembly on 25 September 2015, 70/1. Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development**.
- 4 UNFCCC (2015): **The Paris Agreement**.
- 5 UNFCCC (2020): **Report of the Conference of the Parties on its twenty-fifth session, held in Madrid from 2 to 15 December 2019 Addendum Part two: Action taken by the Conference of the Parties at its twenty-fifth session Decision 3/CP.25 and UNFCCC (2019): Gender and climate change. Proposal by the President, FCCC/CP/2019/L.3**.
- 6 European Chemicals Agency (ECHA): **Sustainable Chemicals Strategy**.
- 7 Europäische Kommission, Generalsekretariat für Mobilität und Verkehr (2020): Mitteilung der Kommission **Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität: Den Verkehr in Europa auf Zukunftskurs bringen**, COM(2020) 789 final, Brüssel.
- 8 Europäische Kommission, Generalsekretariat (2019): Mitteilung der Kommission **Der europäische Grüne Deal**, COM(2019) 640 final, Brüssel, p. 2.
- 9 Europäische Kommission, Generalsekretariat (2010): Mitteilung der Kommission **Europa 2020 Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum**, COM(2010) 2020 final, Brüssel, p. 2.
- 10 Sicco Mansholt (1972): **Letter to the President of the European Commission Franco-Maria Malfatti**. *Het Nieuwe Instituut*, Rotterdam, p. 5. Übersetzung aus dem Englischen M.E.
- 11 Goda Naujokaitytė (2020): **Europe not on track to meet its 2030 climate goals**. *Science Business* (23.6.2020) (zuletzt besucht on 10.9.2021).
- 12 Daniel W. O'Neill et al. (2018): **A good life for all within planetary boundaries**. *Nature Sustainability*, Vol. 1, pp. 88–95.
- 13 Europäische Kommission (2020): Proposal for a Decision of the European Parliament and of the Council on a General Union Environment Action Programme to 2030, **8th Environmental Action Plan**, COM(2020) 652 final, Brüssel. Übersetzung aus dem Englischen M.E.
- 14 European Environment Agency (2021): **Growth without Economic Growth**, EEA Briefing, January 2021. Übersetzung aus dem Englischen M.E.
- 15 Weitere Informationen, s. Barbara Sennholz-Weinhardt, Nick Meynen und Katy Wiese (2021): **Towards a wellbeing economy that serves people and nature**. European Environmental Bureau, Brüssel.
- 16 Vicky Truong (2021): **Towards climate justice – Rethinking the European Green Deal from a racial justice perspective**. Equinox Initiative for Racial Justice, Brüssel.
- 17 Marinus Ossewaarde und Roshnee Ossewaarde-Lowtoo (2020): **The EU's Green Deal: A Third Alternative to Green Growth and Degrowth?** *Sustainability*, Vol. 12(23), p. 9825.
- 18 Ibid.
- 19 Europäische Kommission, Generalsekretariat (2019): Mitteilung der Kommission **Der europäische Grüne Deal**, COM(2019) 640 final, Brüssel, p. 9.
- 20 Ibid., p. 2.
- 21 Ibid., p. 2.
- 22 Europäische Kommission (2020): **Der Mechanismus für einen gerechten Übergang. Niemand darf zurückgelassen werden** (zuletzt besucht 4.3.2022). Zu einer Kritik des EU-Ansatzes eines gerechten Übergangs s. UN Research Institute for Social Development (2018): **Mapping Just Transition(s) to a Low-Carbon World**.
- 23 Leah Lazar (2021): **A Just Transition to a Zero-carbon World Is Possible. Here's How**. World Resources Institute.
- 24 Europäische Kommission, Generaldirektion Justiz und Verbraucher (2021): **2021 report on gender equality in the EU**. Brüssel.
- 25 Ibid.
- 26 International Renewable Energy Agency (IRENA) (2019): **Renewable Energy: A Gender Perspective**. IRENA, Abu Dhabi.
- 27 Joy Clancy und Marielle Feenstra (2019): **Women, Gender Equality and the Energy Transition in the EU**. Study requested by the FEMM committee of the European Parliament, Brüssel.
- 28 Ibid.
- 29 Cornelia Fraune (2015): **Gender matters: Women, renewable energy, and citizen participation in Germany**. *Energy Research & Social Science*, Vol. 7, pp. 55–65.
- 30 S. z. B. IRENA (2019): **Renewable Energy: A Gender Perspective**. IRENA, Abu Dhabi.
- 31 Meike Spitzner et al. (2020): **Interdependente Genderaspekte der Klimapolitik. Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Wirkungsanalyse, Interdependenzen mit anderen sozialen Kategorien, methodische Aspekte und Gestaltungsoptionen**. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dessau-Roßlau.
- 32 European Institute for Gender Equality (2020): **Essential workers**. Vilnius (zuletzt besucht 6.9.2021).
- 33 Ibid.

- 34 Camille Fiadzo et al. (2020): *Precarious work from a gender and intersectionality perspective, and ways to combat it*. Study requested by the FEMM committee of the European Parliament, Brüssel.
- 35 Dita Dobranja (2017): *Global care chains, refugee crisis, and deskilling of workers*. Exploring Economics (zuletzt besucht 21.9.2021).
- 36 Matt Krentz et al. (2020): *Easing the COVID-19 Burden on Working Parents*. Boston Consulting Group (zuletzt besucht 20.9.2021).
- 37 Friends of the Earth Europe (2020): *New EU mechanism to help workers and regions make fossil free shift is not enough*, Brüssel (zuletzt besucht 15.9.2021).
- 38 Eloi Laurent (2020): *The European Green Deal: bring back the new*. *Observatoire français des conjonctures économiques (OFCE) Policy brief* 63, Paris.
- 39 Ibid., p. 9. Übersetzung aus dem Englischen M.E.
- 40 LGBTIQ ist die Bezeichnung, die in den EU-Strategiepapieren zur Gleichstellung und daher auch hier genutzt wird, wenngleich andere Akronyme in der Literatur auch geläufig sind. BIPOC beschreibt Schwarze und indigene Menschen, die nie als weiß gelten, und im Deutschen (noch) kein anderes Wort für sie existiert, das nicht abwertend oder beleidigend ist.
- 41 Amanda Novello und Greg Carlock (2019): *Redefining Green Jobs for a Sustainable Economy*. The Century Foundation, USA (zuletzt besucht 13.9.2021).
- 42 UN Environment Programme and International Livestock Research Institute (2020): *Preventing the next pandemic – Zoonotic diseases and how to break the chain of transmission*. UNEP, Nairobi.
- 43 European Environment Agency (2021): *Heat and Health. Indicator Assessment*. Copenhagen (zuletzt besucht 20.9.2021).
- 44 UN Environment Programme and International Livestock Research Institute (2020): *Preventing the next pandemic – Zoonotic diseases and how to break the chain of transmission*. UNEP, Nairobi.
- 45 Europäische Kommission (2021): *Ökologische Nachhaltigkeit – allgemeine und berufliche Bildung*. Brüssel (zuletzt besucht 10.3.2022).
- 46 Eurostat (2018): *How are emissions of greenhouse gases by the EU evolving?*
- 47 Europäische Kommission (2021): *Decarbonising our energy system to meet our climate goals* (zuletzt besucht 10.3.2022).
- 48 Europäische Kommission, Generalsekretariat (2019): Mitteilung der Kommission *Der Europäische Grüne Deal*, COM(2019) 640 final, Brüssel, Abschnitt 2.1.
- 49 Hier nehmen wir nur eine Auswahl von Dimensionen in den Fokus, andere bestehen darüber hinaus auch noch.
- 50 Sarah Ouziaux und Melodie Mouffe (2021): *ASSET Study: Collection of gender-disaggregated data on the employment and participation of women and men in the energy sector*. Europäische Kommission, p. 5.
- 51 Joy Clancy und Marielle Feenstra (2019): *Women, Gender Equality and the Energy Transition in the EU*. Study requested by the FEMM committee of the European Parliament, Brüssel, p. 8.
- 52 Katharina Habersbrunner et al. (2021): Gender Dimensions of the Energy Transition as an Important Pillar for Successful Climate Policy, in: Patrizia Heidegger et al. (eds.): *Why the European Green Deal Needs Eco-feminism*. EEB and WEFC, Kapitel 11, p. 94.
- 53 Europäische Kommission (2020): *The gender pay gap situation in the EU* (zuletzt besucht 17.9.2021).
- 54 Europäische Kommission, Generalsekretariat (2020): Mitteilung der Kommission *Eine Union der Gleichheit: EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020–2025*, COM(2020) 565 final, Brüssel, p. 10.
- 55 Ibid., p. 12.
- 56 Sarah Ouziaux und Melodie Mouffe (2021): *ASSET Study: Collection of gender-disaggregated data on the employment and participation of women and men in the energy sector*, Europäische Kommission, p. 6.
- 57 European Institute for Gender Equality, *Gender Statistics Database* (zuletzt besucht on 17.9.2021).
- 58 Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über das *Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz*, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 663/2009 und (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 94/22/EG, 98/70/EG, 2009/31/EG, 2009/73/EG, 2010/31/EU, 2012/27/EU und 2013/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 2009/119/EG und (EU) 2015/652 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates.
- 59 UNFCCC (2015): *Paris Agreement*.
- 60 Recital 45 of Regulation (EU) 2018/1999. Übersetzung aus dem Englischen M.E.
- 61 Europäische Kommission, Generalsekretariat (2020): Mitteilung der Kommission *Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025*, COM(2020) 152 final, Brüssel.
- 62 Europäische Kommission (2021): *Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG in Bezug auf den Beitrag der Luftfahrt zum gesamtwirtschaftlichen Emissionsreduktionsziel der Union und die angemessene Umsetzung eines globalen marktbasiereten Mechanismus*, COM(2021) 552 final, Brüssel.
- 63 Karina Standal, Marta Talevi and Hege Westkog (2020): *Engaging men and women in energy production in Norway and the United Kingdom: The significance of social practices and gender relations*. *Energy Research & Social Science* 60. 101338, pp. 1–9, at p. 8. Übersetzung aus dem Englischen M.E.
- 64 Cornelia Fraune (2015): *Gender matters: Women, renewable energy, and citizen participation in Germany*. *Energy Research & Social Science*, Vol. 7, pp. 55–65.
- 65 Europäische Union (2012): *Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur Energieeffizienz, zur Änderung der Richtlinien 2009/125/EG und 2010/30/EU und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG*.
- 66 Europäische Kommission (2021): *Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Energieeffizienz (Neufassung)*, COM(2021) 558 final, Brüssel.
- 67 Energiearmut kann als Situation beschrieben werden, in der in einem Haushalt der sozial und materiell benötigte Anteil an Energiediensten zu Hause fehlt. Haushalte, in denen Energiearmut herrscht, haben aufgrund einer Kumulation von hohen Energiekosten, geringem Haushaltseinkommen, unsanierten Gebäuden und nicht energieeffizienten Geräten sowie speziellem Haushaltsenergiebedarf unzureichende grundlegende Energiedienste. (Definition gemäß *EmpowerMed* (zuletzt aufgerufen am 7.3.2022)).
- 68 Der Begriff schutzbedürftige Verbraucher*innen beschreibt Menschen, die aufgrund sozio-ökonomischer Merkmale, der persönlichen Situation

- oder des Marktumfeldes einem höheren Risiko von Energiearmut ausgesetzt sind. Der Begriff kann sich auf das Einkommensniveau, die Energieeffizienz von Wohnungen, den Anteil von Energieausgaben am verfügbaren Einkommen, kritische Abhängigkeit von elektrischen Gerätschaften zu gesundheitlichen Zwecken, Alter oder andere Kriterien beziehen. Eine Definition liefert der Artikel 28 der **Richtlinie (EU) 2019/944 des Europäischen Parlaments und Des Rates vom 5. Juni 2019 mit gemeinsamen Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 2012/27/EU (Neufassung)**.
- 69** Überblick in Lidija Živčič et al. (2021): **Combating Energy Poverty with Gender Just Policies**, in: Patrizia Heidegger et al. (eds.): **Why the European Green Deal Needs Ecofeminism**. EEB and WECF, Kapitel 12, p. 101.
- 70** Olgu Gizem Birgi et al. (2021): **Gender and energy poverty – Facts and arguments**. WECF, EmpowerMed Project.
- 71** Europäische Kommission (2020): **Commission Recommendation (EU) 2020/1563 of 14 October 2020 on energy poverty**
- 72** Tanja Winther, Margaret N. Matinga, Kirsten Ulsrud and Karina Standal (2017): **Women’s empowerment through electricity access: scoping study and proposal for a framework of analysis**. *Journal of Development Effectiveness*, Vol. 9(3), pp. 389–417.
- 73** Europäische Kommission (2020): **Renovierungswelle**.
- 74** Europäische Union (2018): **Richtlinie (Eu) 2018/844 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 zur Änderung der Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden und der Richtlinie 2012/27/EU über Energieeffizienz**
- 75** European Parliament (2021): **Resolution on access to decent and affordable housing for all (2019/2187(INI))** (21.1.2021). Übersetzung aus dem Englischen M.E.
- 76** Ibid. Übersetzung aus dem Englischen M.E.
- 77** Marina Economidou (2014): **Overcoming the split incentive barrier in the building sector**. Europäische Kommission, Joint Research Centre.
- 78** Daniele Vignoli, Maria Letizia Tanturri, and Francesco Acciai (2016): **Home bitter home? Gender, living arrangements, and the exclusion from homeownership among older Europeans**. *Genus*, Vol. 72(1): 9. Übersetzung aus dem Englischen M.E.
- 79** Construction Blueprint (2021): **The number of women in construction falls in the year of the pandemic** (zuletzt besucht 22.9.2021).
- 80** Europäische Union (2003): **Richtlinie 2003/96/Eg Des Rates vom 27. Oktober 2003 zur Restrukturierung der gemeinschaftlichen Rahmenvorschriften zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom**.
- 81** Grace Perez-Navarro und Michelle Harding (2021): **In Tax, Gender Blind is not Gender Neutral**. OECD.
- 82** Åsa Gunnarsson und Ulrike Spangenberg (2019): **Gender Equality and Taxation Policies in the EU**. *Intereconomics*, Vol. 54(3), pp. 141–146.
- 83** Europäische Kommission, Generaldirektion Mobilität und Verkehr (2021): **Mobility strategy – A fundamental transport transformation: Commission presents its plan for green, smart and affordable mobility**, Brüssel.
- 84** Europäische Kommission, Generaldirektion Klimapolitik (2021): **A European Strategy for low-emission mobility**, Brüssel.
- 85** Ibid.
- 86** Hannah Ritchie (2021): **Cars, planes, trains: where do CO2 emissions from transport come from?** Our World in Data (zuletzt besucht 10.9.2021).
- 87** Yannick Oswald, Anne Owen und Julia K. Steinberger (2020): **Large Inequality in International and Intranational Energy Footprints between Income Groups and across Consumption Categories**. *Nature Energy*, Vol. 5(3), pp. 231–39.
- 88** European Environment Agency (2018): **Unequal exposure and unequal impacts: social vulnerability to air pollution, noise and extreme temperatures in Europe**. EEA Report No 22/2018, Kopenhagen.
- 89** International Transport Forum (2020): **»Gender is One of the Most Robust Determinants of Transport Choice«** (zuletzt besucht 13.9.2021).
- 90** Ramboll (Smart Mobility) (2021): **Gender and (Smart) Mobility: Green Paper 2021**.
- 91** Ibid.
- 92** Women in Mobility (2021): **Female Mobility** (zuletzt besucht 10.9.2021).
- 93** Leonardo Canon Rubiano und Georges Darido (2020): **Protecting public transport from the coronavirus... and from financial collapse**. Transport for Development, World Bank Blogs (zuletzt besucht 6.9.2021).
- 94** Francesca Caselli et al. (2020): **Mobility under the COVID-19 Pandemic: Asymmetric Effects across Gender and Age**. International Monetary Fund, Working Paper No 2020/282.
- 95** Sarah Prescott-Smith (2020): **Most women have been sexually harassed on London public transport**. YouGov.
- 96** European Institute for Gender Equality (2021): **Transport – Relevance of Gender in the policy area**, Vilnius (zuletzt besucht 14.9.2021).
- 97** Barbara Helferich (2020): **Making the Transport Sector Fit for Women to Work in**. Findings from a survey of women transport workers by the European Transport Workers’ Federation (ETF). ETF, Brüssel.
- 98** Jane Pillinger (2017): **Violence against women at work in transport: Summary report of findings from a survey by ETF**. ETF, Brüssel.
- 99** Europäische Kommission, Generalsekretariat für Mobilität und Verkehr (2020): **Mitteilung der Kommission Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität: Den Verkehr in Europa auf Zukunftskurs bringen**, COM(2020) 789 final, Brüssel.
- 100** Ibid.
- 101** Europäische Kommission, Generalsekretariat (2020): **Mitteilung der Kommission Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025**, COM(2020) 152 final, Brüssel.
- 102** Europäische Kommission, Generalsekretariat (2020): **Mitteilung der Kommission Eine Union der Gleichheit: EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020–2025**, COM(2020) 565 final, Brüssel.
- 103** Europäische Kommission, Generalsekretariat (2020): **Mitteilung der Kommission Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen 2020–2025**, COM(2020) 698 final, Brüssel.
- 104** Europäische Kommission (2021): **Mitteilung der Kommission Union der Gleichheit: Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021–2030**, COM(2021) 101 final, Brüssel.
- 105** Europäische Kommission, Generalsekretariat für Mobilität und Verkehr: **Women in Transport – EU Platform for change**, Brüssel (zuletzt besucht 9.9.2021).
- 106** Zurzeit hat die Plattform 24 Mitglieder und 19 gelistete »Initiativen«. Um Mitglied zu werden, bedarfs es eines Antrags mit den Details zur spezifischen »Initiative«, aktive Mitgliedschaft wird erwartet.

- 107 Ibid.
- 108 Diese sind:
1. [Good staff scheduling and rostering practices in transport](#) (veröffentlicht im Oktober 2021).
 2. [Study on the social dimension of the transition towards automation and digitalisation in transport, focusing on the labour force](#) (veröffentlicht im November 2021).
 3. [Educational toolkits to help fight gender stereotypes based on the example of the transport sector – final study report on the development of the toolkits](#) (veröffentlicht im Oktober 2021).
 4. [The social dimension of the future EU transport system regarding users and passengers \(Arbeitstitel\)](#) (Veröffentlichung 2022 geplant).
- 109 Europäische Kommission, Generalsekretariat für Mobilität und Verkehr (2021): [Urban mobility](#), Brüssel (zuletzt besucht 14.9.2021).
- 110 Ana Drăguțescu (2020): [Topic Guide: Addressing Gender Equity and Vulnerable Groups in SUMP](#)s, ICLEI – Local Governments for Sustainability, Bonn.
- 111 CIVITAS (SUMP-s-Up) (2020): [Boosting SUMP take-up in the European Union](#).
- 112 Europäische Kommission, Generalsekretariat für Mobilität und Verkehr (2021): [Nachhaltiger Verkehr – neuer politischer Rahmen für die Mobilität in der Stadt](#), Brüssel (zuletzt besucht 9.3.2022).
- 113 Die öffentliche Konsultation zur Überarbeitung des Pakets für die Mobilität in der Stadt wurde am 23.9.2021 geschlossen.
- 114 Eurostat: [Passenger Cars in the EU](#).
- 115 Europäische Kommission, Generalsekretariat für Mobilität und Verkehr (2020): [Mitteilung der Kommission Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität: Den Verkehr in Europa auf Zukunftskurs bringen](#), COM(2020) 789 final, Brüssel.
- 116 Ibid., p. 2.
- 117 European Transport Workers' Federation (2020): [First Reaction to the Smart and Sustainable Mobility Strategy](#), Brüssel.
- 118 Tim Gore et al. (2021): Sustainable and Inclusive Transport Systems, in: Patrizia Heidegger et al. (eds.): [Why the European Green Deal Needs Ecofeminism](#). EEB und WECF, Kapitel 13, p. 112.
- 119 Lena Levin et al. (2020): [Methods and tools to measure gender issues based around intersectional analysis](#). Transport Innovation Gender Observatory.
- 120 European Union Agency for Fundamental Rights (2014): [Being Trans in the European Union: Comparative analysis of EU LGBT survey data](#), Wien.
- 121 Tim Gore et al. (2021): Sustainable and Inclusive Transport Systems, in: Patrizia Heidegger et al. (eds.): [Why the European Green Deal Needs Ecofeminism](#). EEB und WECF, Kapitel 13.
- 122 Riitta Rätty und Annika Carlsson-Kanyama (2010): [Energy consumption by gender in some European countries](#). *Energy Policy*, Vol. 38(1), pp. 646–649.
- 123 Annica Kronsell, Lena Smidfelt Rosqvist und Lena Winslott Hiselius (2016): [Achieving climate objectives in transport policy by including women and challenging gender norms: The Swedish case](#). *International Journal of Sustainable Transportation*, Vol. 10(8), pp. 703–711.
- 124 Barbara Helfferich und Paula Franklin (2020): [Yes! More Women in Transport Key demands by the European Transport Workers' Federation \(ETF\) to make transport fit for women to work in](#) »European Transport Workers' Federation, Brüssel.
- 125 Eine Mobility-as-a-Service-Plattform vereint und verbindet unterschiedliche Verkehrsmittel in einer App, häufig mit einem einzigen Zahlungsweg.
- 126 Europäische Kommission (2021): [The common agricultural policy at a glance](#).
- 127 Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO) (2021): [The State of Food Security and Nutrition in the World](#), pp. 17 und 140. S. auch Europäische Kommission (2020): [Summary of the annual implementation reports for the operational programmes co-financed by the Fund for European Aid to the Most Deprived in 2018](#); mehr zu globaler Ernährungsunsicherheit s. FAO (2021): [The State of Food Security and Nutrition in the World](#); mehr zur Politik zum Nahrungszugang s. Nora McKeon (2021): [Global Food Governance. Development](#), Vol. 64, pp. 48–51 und Nora McKeon (2017): [Are Equity and Sustainability a Likely Outcome When Foxes and Chickens Share the Same Coop? Critiquing the Concept of Multistakeholder Governance of Food Security](#). *Globalizations*, Vol. 14(3), pp. 1–20.
- 128 Europäische Kommission (2020): [Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der Verordnung \(EU\) 2018/1999 \(Europäisches Klimagesetz\)](#), COM(2020) 80 final. Auf Seite 2 der Begründung des Vorschlags betont die Kommission, dass das Europäische Parlament gefordert hat, »die Klima- und Umweltauswirkungen aller einschlägigen Gesetzgebungs- und Haushaltsvorschläge umfassend zu bewerten«, und »eine weitreichende Reform der Investitionspolitik in den Bereichen Landwirtschaft, Handel, Verkehr, Energie und Infrastruktur« durchzuführen. Ebenso einfach hätten Forderungen nach der Bewertung von sozialen und geschlechtsspezifischen Auswirkungen einbezogen werden können.
- 129 Das »Fit für 55«-Gesetzspaket zu Klimaschutzmaßnahmen widmet einen Abschnitt der Landwirtschaft und der Landnutzung.
- 130 Alan Matthews (2016): [Focus on the distribution of direct payments](#). CAP Reform blog.
- 131 Interview mit einem Bio-Landwirt (Vieh und Gemüseanbau), einem Mitglied des Netzwerks solidarische Landwirtschaft in Mitteldeutschland. Zu solidarischer Landwirtschaft, s. [Europäische CSA-Deklaration](#), s. Gabriele Koehler (2016): [Assessing the SDGs from the standpoint of eco-social policy: using the SDGs subversively](#). *Journal of International and Comparative Social Policy*, Vol. 32(2), pp. 149–164.
- 132 Marguerite Culot (2021): [Who's left behind in the post 2020 Common Agriculture Policy](#). Policy Brief for the EU Environmental Policy & Law Programme of Université Saint-Louis Bruxelles. Unveröffentlicht. 2016 haben zehn von 21 EU-Staaten (z. B. Bulgarien, Zypern, die Tschechische Republik, Griechenland, Italien, die Niederlande, Polen, Portugal, Spanien und UK) »Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei« als einer der wichtigsten Wirtschaftssektoren eingestuft, in dem Arbeitskräfte dem Risiko der Ausbeutung ausgesetzt sind. Beispiele für Ausbeutung sind schlechte Arbeitsbedingungen, ungerechte Löhne und Gewalt, Menschen schmuggeln, erzwungene Arbeit, Gesundheits- und Sicherheitsverletzungen, finanzielle Ausbeutung, Wohnungsmissbrauch, kein bezahlter Urlaub und/oder keine bezahlten Krankentage, fristlose Kündigung und andere Verletzungen von Arbeitnehmer- und Menschenrechten. Dies ist weit verbreitet und betrifft vor allem Arbeitskräfte, die schwarz oder informell arbeiten und 61 Prozent der Erwerbstätigen in der EU-Landwirtschaft ausmachen. S. auch Aldone Zawojcka (2016): [Exploitation of migrant labour force in the EU agriculture](#). *Zeszyty Naukowe SGGW – Ekonomia i Organizacja Gospodarki Żywnościowej*, No 116, pp. 37–55; Colin C. Williams (2019): [Tackling undeclared work in the agricultural sector: a learning resource](#). European Platform Tackling Undeclared Work.

- 133** European Environmental Bureau (2021): *New EU farm policy will worsen environmental crises for years*.
- 134** Europäische Kommission (2021): *The common agricultural policy at a glance*.
- 135** 2018 hatte ein kleiner Teil von 5 Prozent aller Höfe eine landwirtschaftliche Nettowertschöpfung pro Jahresarbeitsseinheit von mehr als 70 000 Euro, 50 Prozent lagen bei unter 10 000 Euro. S. Europäische Kommission (2018): *EU Farm Economics Overview*, p. 3.
- 136** European Institute for Gender Equality (2016): *Gender in agriculture and rural development*, Vilnius, p. 7: »2010 bildeten Frauen 53 % aller Teilzeitarbeitskräfte in der Landwirtschaft. Bei Betrachtung der Teilzeitarbeit nach Geschlecht, liegt der prozentuale Anteil von Frauen an der Gesamtbeschäftigung in der Landwirtschaft bei ca. 33 %, verglichen mit 16 % bei den Männern. Grund dafür könnten unzureichende Betreuungseinrichtungen für Kinder und ältere Menschen sowie von Verkehrsmöglichkeiten und der Unerreichbarkeit und Fehlen von (Weiter-)Bildungseinrichtungen in ländlichen Gebieten sein. Um ländliche Regionen für Frauen attraktiver zu gestalten und sie dort halten zu können, müssen die Beschäftigungsmöglichkeiten vergrößert und die Infrastrukturen wie auch die Dienstleistungen verbessert werden. Dies könnte für Nachhaltigkeit in ländlichen Gemeinschaften sorgen und die Teilhabe von Frauen an wirtschaftlichen Aktivitäten in ländlichen Gebieten erleichtern.« Übersetzung aus dem Englischen M.E.
- 137** Europäische Kommission (2021): Mitteilung der Kommission *Eine langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU – Für stärkere, vernetzte, resiliente und florierende ländliche Gebiete bis 2040*, COM(2021) 345 final, Brüssel, p. 7.
- 138** Europäische Kommission News (2021): *Females in the field* (8.3.2021).
- 139** Nur 27 Prozent aller Viehhöfe – die profitabler sind – werden von Frauen geführt, während 38 Prozent von Hühnerhöfen von Frauen geleitet werden. S. European Institute for Gender Equality (2016): *Gender in agriculture and rural development*, Vilnius, p. 5. S. auch Europäische Kommission (2018): *EU Farm Economics Overview*.
- 140** Österreich und Lettland bilden hier eine Ausnahme. Europäische Kommission (2018): *EU Farm Economics Overview*, p. 17.
- 141** Central Statistics Office (2019): *Women and Men in Ireland. Table 4.1*.
- 142** Die offiziellen Statistiken unterschätzen die Arbeit von Frauen und ihren Beitrag zum nationalen Wohlstand aus mehreren Gründen, darunter (1) die Unsichtbarkeit von Frauenarbeit; (2) die Art der Frauenarbeit als saisonal und Teilzeitarbeit; und (3) die Rolle von unbezahlter Familienarbeit. Aus: European Institute for Gender Equality (2016): *Gender in agriculture and rural development*, Vilnius.
- 143** Die Prozentzahl an Familienarbeitsstunden lag bei 74 Prozent der gesamten Arbeitsstunden in der EU und war die am weitesten verbreitete Arbeit in den meisten Mitgliedsstaaten (außer in der Slowakei, Tschechien, Bulgarien, Ungarn, Estland und Dänemark). Aus: Europäische Kommission (2018): *EU Farm Economics Overview*, p. 4.
- 144** Council of Europe (2011): *Rural women in Europe*, Parliamentary Assembly Report, p. 7, zitiert in: European Institute for Gender Equality (2016): *Gender in agriculture and rural development*, Vilnius, p. 6.
- 145** European Institute for Gender Equality (2016): *Gender in agriculture and rural development*, Vilnius, p. 8.
- 146** Europäische Kommission (2021): Mitteilung der Kommission *Eine langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU – Für stärkere, vernetzte, resiliente und florierende ländliche Gebiete bis 2040*, COM(2021) 345 final, Brüssel, p. 5.
- 147** European Institute for Gender Equality (2016): *Gender in agriculture and rural development*, Vilnius, p. 8.
- 148** Europäische Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (DG AGRI) (2012): *Women in EU agriculture and rural areas: hard work, low profile*, EU agricultural economic briefs, Brief no 7.
- 149** Europäische Kommission (2021): *The new common agricultural policy: 2023–27*.
- 150** Europäische Kommission (2021): *Politische Einigung über die neue Gemeinsame Agrarpolitik: gerechter, umweltfreundlicher, flexibler*. Pressemitteilung, Brüssel.
- 151** Ibid.
- 152** Ibid.
- 153** Europäische Kommission (2020): Mitteilung der Kommission *»Vom Hof auf den Tisch« – eine Strategie für ein faires, gesundes und umweltfreundliches Lebensmittelsystem*.
- 154** Interview mit einem Biomilchproduzenten, Süddeutschland.
- 155** »Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, haben meist nur die Wahl entweder die Natur oder sich selbst auszubeuten. Ihre Existenz hängt von Subventionen und Markt- bzw. Weltmarktpreisen ab. Beide sind Faktoren, auf die sie keinen Einfluss haben und die sie häufig zwingen, über ihre persönliche Belastungsgrenze sowie die von Boden und Tieren zu gehen, oder ganz aus der Landwirtschaft auszusteigen. Auch der ökologische Landbau ist von diesem Mechanismus nicht ausgenommen.« *Solidarische Landwirtschaft* (2021).
Das Ziel der zirkulären und solidarischen Wirtschaftsbewegung ist, die Menschen hinter der Produktion und dem Konsum wieder miteinander zu verbinden und innovative Lösungen zu finden, um innerhalb der Grenzen unseres Planeten zu leben, während gleichzeitig der soziale Unterbau für eine inklusive und nachhaltige Entwicklung gesichert wird. Aus: FAO (2020): *Agroecology Knowledge Hub*.
- 156** Bio-Landwirt (Vieh und Gemüseanbau), Mitglied des Netzwerks solidarische Landwirtschaft, Mitteldeutschland.
- 157** »Die Kommission wird alle oben genannten Prioritäten in die Programmierungsleitlinien für die Zusammenarbeit mit Drittländern im Zeitraum 2021-2027 aufnehmen und dabei Querschnittsziele wie Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit, Frieden und Sicherheit gebührend berücksichtigen.« Europäische Kommission (2020): Mitteilung der Kommission *»Vom Hof auf den Tisch« – eine Strategie für ein faires, gesundes und umweltfreundliches Lebensmittelsystem*, p. 22.
- 158** Das Gleiche gilt für die Biodiversitätsstrategie 2030 der EU: »Bei jeder Arbeit wird die EU die Verbindung stärken zwischen dem Schutz der Artenvielfalt und den Menschenrechten, Geschlecht, Gesundheit, Bildung, Konfliktsensibilität, einem auf Rechten basierenden Ansatz, Landbesitz und die Rolle indigener Bevölkerung und lokaler Gemeinschaften.« Europäische Kommission, Generaldirektion Umwelt (2019): *EU Biodiversity Strategy for 2030*, p. 31. Übersetzung aus dem Englischen M.E.
- 159** Barbara Clabots und Molly Gilligan (2017): *Gender and biodiversity: Analysis of women and gender equality considerations in National Biodiversity Strategies and Action Plans*. International Union for Conservation of Nature. Zu ihren wichtigsten Ergebnissen schreiben die Autorinnen auf S. IV: »Im Hinblick darauf, wie Frauen und die Beteiligung von Frauen in den NBSAPs dargestellt werden, gibt es Hinweise darauf, dass Frauen in den meisten Ländern (37 % der 174 in dieser Untersuchung aufgenommenen Akteure) als Stakeholder einbezogen werden; 27 % verweisen auf Frauen als Begünstigte; 17 % erwähnen Frauen als Schutzbedürftige; und der geringste Anteil von 4 % (sieben Länder) sehen in Frauen Akteurinnen des Wandels.« Übersetzung aus dem Englischen M.E.

Darüber hinaus dient der **2015–2020 Gender Plan of Action** unter der Konvention zu Biologischer Vielfalt als Referenz, mit seinem erklärten Ziel, »Geschlecht in den nationalen Biodiversitätsstrategien und Aktionsprogrammen« zu etablieren und dafür gibt er ganz konkrete Vorschläge. Übersetzung aus dem Englischen M. E.

Jenseits der EU-Region produzieren Frauen mehr als 50 Prozent der Welternährung. S. FAO (1997): **Women's contributions to agricultural production and food security: Current status and perspectives**, Women in Development Service.

160 EU-Mitglied der Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung..

161 Europäische Kommission (2021): **A Greener and Fairer CAP**, p. 10. Übersetzung aus dem Englischen M.E.

162 Ibid. Mitgliedsstaaten konnten ihre Entwürfe für Strategien bis zum 31.12.2021 einreichen.

163 »Frauen werden in Bezug auf die Themen Unternehmertum und Beteiligung an Entscheidungsprozessen und durch Investitionen in Dienstleistungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, etwa im Bereich der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung, sowie durch Dienstleistungen für ältere Menschen unterstützt werden. Es können auch Möglichkeiten zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen bestehen.« S. Europäische Kommission (2021): Mitteilung der Kommission **Eine langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU – Für stärkere, vernetzte, resiliente und florierende ländliche Gebiete bis 2040**, COM(2021) 345 final, Brüssel, p. 25.

164 Regierungsvertreter des Ministeriums für Landwirtschaft eines EU-Mitgliedstaats. Der Interviewte stimmte der Veröffentlichung zu.

165 Marguerite Culot (2021): Who's left behind in the post 2020 Common Agriculture Policy. Policy Brief for the EU Environmental Policy & Law Programme of Université Saint-Louis Bruxelles. Unveröffentlicht.

166 Die daran geknüpften Bedingungen würden verschiedene Bereiche abdecken wie gemeldete Beschäftigung, Gleichbehandlung, Bezahlung, Arbeitszeiten, Gesundheit und Sicherheit, Wohnen, Gleichstellung, soziale Absicherung und gerechte Bedingungen für alle, die in der Landwirtschaft arbeiten, also auch mobile und migrierte Arbeitskräfte. Im Oktober 2020 beschloss das Europäische Parlament, verpflichtende Hinweise zu »sozialer Bedingtheit« aufzunehmen.

Marguerite Culot (2021): Who's left behind in the post 2020 Common Agriculture Policy, Policy Brief for the EU Environmental Policy & Law Programme of Université Saint-Louis Bruxelles. Unveröffentlicht.

S. auch: Natasha Foote (2021): **Social conditionality set to be sticking point in CAP negotiations**. Euractiv.

167 Europäische Kommission (2021): **Social Climate Fund**.

168 Europäische Kommission (2021): **Proposal for a regulation of the European Parliament and the Council establishing a Social Climate Fund**, COM(2021) 568 final, Brüssel.

169 Ulrike Röhr (2021): **Carbon pricing from a feminist perspective – a gender analysis**. Genanet, Berlin.

170 Katrin Großmann (2017): **Energiearmut als multiple Deprivation vor dem Hintergrund diskriminierender Systeme**, in: Katrin Großmann, André Schaffrin und Christian Smigiel (eds.), Wiesbaden: Springer VS, pp. 55–78.

171 Béla Galgóczi (2021): **Is Europe socially fit for the ›Fit for 55‹ package?**, Social Europe (19.7.2021).

172 Ibid.

173 S. zum Beispiel UNRISD (2021): **A New Eco-Social Contract. Vital to deliver the 2030 Agenda for Sustainable Development**. Issue Brief 11, pp. 2–3.

Abkürzungsverzeichnis

BIPoC	Black, Indigenous and People of Colour
BSP	Bruttosozialprodukt
EGD	European Green Deal
ETF	Europäische Transportarbeiter-Föderation (European Transport Workers' Federation)
EU	Europäische Union
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
LGBTIQ	Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Intersex, Queer
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development)
ÖPNV	Öffentlicher Personen-Nahverkehr
RED	Erneuerbare-Energien-Richtlinie (Renewable Energy Directive)
SDGs	Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals)
SSMS	Strategie zu nachhaltiger und intelligenter Mobilität (Sustainable and Smart Mobility Strategy)
SUMPs	Stadtmobilitätspläne (Sustainable Urban Mobility Plans)

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Deutschland

E-Mail: info@fes.de

Registernr.: VR2392
Vereinsregister Bonn
Amtsgericht Bonn

Vorsitzender: Martin Schulz
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Dr. Sabine Fandrych

Herausgebende Abteilung: Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Globale und Europäische Politik

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion: Yvonne Blos, Internationale Klima- und Energiepolitik

Kontakt/Bestellung: Christiane.Heun@fes.de

Übersetzung: Meiken Endruweit

Gestaltung: Petra Strauch

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Titelseite: [picture alliance/dpa](#) | Hans Blossey

ISBN 978-3-98628-171-7

© 2022

EUROPA

GLOBALE UND EUROPÄISCHE POLITIK

Das Referat Globale und Europäische Politik bietet – in Deutschland, in Brüssel sowie an den UN-Standorten Genf und New York – Beratung für politische Entscheidungsträger*innen, Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftliche Organisationen in zentralen Themen der europäischen und internationalen Politik an. Wir identifizieren Transformationsfelder, formulieren konkrete Alternativen und unterstützen unsere Partner darin, Bündnisse für deren Umsetzung zu schmieden. Dabei denken wir nationale sowie europäische und internationale Politik zusammen. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und ihr weitgehender politischer Veränderungsanspruch auf eine sozial-ökologische Transformation bietet uns dafür einen klaren Orientierungsrahmen.